

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Anrede der Postadresse Die Neue Welt No. 11 in Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Jäger, Magdeburg. Verlag von Hermann Jäger, Magdeburg. Druck von J. C. Jäger, Magdeburg. Preis: 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. Abnahmebestellungen sind zu richten an den Verlag. — **Wannentraub** subskribiert Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Frachtporto) 2 Mk. 20 Pf., monatlich 60 Pf. — **Ver** in der Expedition und den Abnahmebestellungen dieses Organs. — Einzelne Nummern (einschl. des Abonnements) 10 Pf. — **Sonntagsbeilage** Die Neue Welt 10 Pf. — **Abnahmebestellungen** sind zu richten an den Verlag. — **Ver** in der Expedition und den Abnahmebestellungen dieses Organs.

Mr. 45.

Magdeburg, Freitag, den 23. Februar 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Der Diktaturparagraph in den Reichslanden.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung als an einem „Schwerinstage“ mit dem stets wiederkehrenden Antrage der Elsaß-Lothringer auf Aufhebung des Diktaturparagraphen. Ungezählte Male hat der Reichstag den Antrag angenommen; aber immer hat die Regierung bezw. der Bundesrat den Reichstagsbeschluss in den Papierkorb geworfen. Auch heute erwiderte — noch dazu mit unverminderter Schärfe — der Reichskanzler auf die Begründungsrede des Abg. Winterer durchaus ablehnend, obwohl er sowohl das Vorhandensein guter Beziehungen zu Frankreich als auch die „Loyalität“ des bei weitem größten Teil der reichsständischen Bevölkerung konstatierte. Der Abg. Gröber vom Centrum hatte durchaus Recht, als er seine Verwunderung über die merkwürdige Logik des Kanzlers aussprach, der aus solchen Vorderfragen zu einem derartigen Schlusse kommt. Der freisinnige Abgeordnete für Straßburg, Niff, der übrigens in Loyalitätsphrasen förmlich schwelgte, der temperamentvolle, jugendliche Elsäßer Haus, Gröber, sogar der Reichsparteiler und Arzt Dr. Höffel: sie alle traten für den Antrag Winterer ein. Dagegen fand des alten Reichskanzlers auch schon nicht mehr ganz jugendliche Sprößlinge Alexander, der als Freund seines „roten“ Mitprinzen Carolath von Zeit zu Zeit in Liberalismus zu machen geruht, den traurigen Mut, für die — natürlich nur einseitige! — Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen einzutreten, dessen Aufhebung er in seinen Kandidatenreden ausdrücklich verlangt hatte. Gründliche Abfertigung für diesen seinen Stimmungswechsel erhielt der Prinz-Bezirkspräsident, der im Nebenamt „Volksvertreter“ ist, von dem elsäßischen Abgeordneten Bundersee und namentlich von unserem Fraktionsredner Singer, der außerdem auf die Internationalität gerade der Familie Hohentlohe hinwies. Die Verteidigung, die der Prinz am Schluß der Sitzung im Rahmen einer persönlichen Bemerkung versuchte, geriet vorbei: daß er die Absicht gehabt, russischer Unterthan zu werden, um sich den Besitz der dortigen Hohentloheschen oder vielmehr Wittgensteinschen Güter zu sichern, stellte Prinz Alex gar nicht einmal in Abrede. Den „Vorwurf“ der „Internationalität“ glaubte er durch Hinweis auf seinen echt deutschen — Namen widerlegen zu können. Die Nationalliberalen, die früher gegen die Aufhebung des Diktaturparagraphen waren, haben sich jetzt eines besseren besonnen: sie ließen durch den Mund des Abg. Büsing erklären, daß sie für den Antrag Winterer stimmen würden. Selbst Herr Dr. Arendt hat entdeckt, daß ihm im Wufen ein warmes Herz für die elsäßisch-lothringischen Brüder schlägt; gleich seinem Parteigenossen Höffel trat er für den Antrag und für Aufhebung des Diktaturparagraphen ein, sah sich aber genötigt, zu konstatieren, daß die große Mehrheit seiner Fraktion dagegen stimmen werde. Für die Freisinnigen sprach sich Nicker, für die Antisemiten sprach sich Werner im Sinne der Antragsteller aus. Anders der Herr v. Levechow, der Ex-Reichstagspräsident und offizielle Sprecher der Konservativen. Natürlich ist er im Grunde seines Herzens auch für die Aufhebung; aber (das Wortlein, das in den Reden des Herrn von Levechow eine große Rolle spielt, wurde ihm von der Linken zugerufen; sofort nahm er es unter schallender Heiterkeit des „Hauses“ auf, der gegebene Augenblick erscheint ihm nicht „opportun“. Mit gewaltiger Mehrheit — nur die Deutschkonservativen und ein Teil der Reichspartei stimmten dagegen — wurde der Antrag Winterer in erster und gleich darauf in zweiter Lesung angenommen. Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht der Militäretat.

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Deutscher Reichstag.

151. Sitzung. Mittwoch, 21. Februar 1900, 1 Uhr.
Am Bundesratsstisch: Fürst Hohentlohe, Graf Lubomirsky.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Elsäßer (Winterer u. Gen.) bezw. Aufhebung des Diktatur-Paragraphen.
Abg. Winterer (El.): Zum ersten Male wurde vor 25 Jahren der Antrag auf Aufhebung des ältesten deutschen Ausnahmegesetzes, eben des Diktaturparagraphen, hier eingebracht. Damals war auch schon der Name „Diktaturparagraph“ im Reichstagsgelaufe, den zum ersten Male der Abg. Windhorst im Jahre 1873 bei Gelegenheit der Ausweisung des Straßburger Generalvikars gebrauchte. Der Diktaturparagraph bedeutet einen fortdauernden Belagerungszustand. Man sagt uns nun, daß er selten in Anwendung kommt. Aber daß es überhaupt vorkommen kann, daß elsäßische Staatsbürger ohne gerichtliches Verfahren ausgewiesen werden können, ist eine exorbitante Ausnahmebestimmung. Schon vor einem Vierteljahrhundert, als unser

Antrag auf Aufhebung des Paragraphen zum ersten Male beraten wurde, erklärte Herr v. Bülow seine baldige Aufhebung für wünschenswert. 25 Jahre sind jetzt verfloßen; aber der Diktaturparagraph besteht immer noch. Dabei ist in Elsaß-Lothringen seit 25 Jahren keine einzige Ausschreitung vorgekommen, die nicht mit den gewöhnlichen Nachmitteln unterdrückt werden konnte. Von den auswärtigen Agitationen an der Grenze, welche die Anhänger der Verbeibehaltung des Paragraphen vorziehen, haben wir nichts gemerkt; außerdem sollten doch, denke ich, unser deutsches Volk und Vereingelebte genauen, um solchen etwaigen Agitationen entgegenzutreten. Daß der Paragraph selten angewandt wird, ist doch nur ein Grund mehr, ihn aufzuheben, da seine bloße Existenz nicht etwa beruhigend, sondern demoralisierend und aufregend wirkt. Ich bitte Sie daher, auch diesmal unserem Antrage zustimmen zu wollen, den ich schon mehrere Male die große Mehrheit dieses Hauses angenommen hat. (Beifall im Centrum und links.)

Reichskanzler Fürst Hohentlohe: Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, die Erfüllung des von dem Herrn Vordredner gestellten Wunsches in Aussicht stellen zu können. (Hört, hört! links.) Der sogenannte Diktaturparagraph ist erst neuerdings wieder an die Tagesordnung getreten, nachdem lange Zeit sich niemand um seine angeblichen Gefahren gekümmert hat. (Bewegung.) Zur Zeit meiner Statthalterzeit in den Reichslanden hat sich niemand darum gekümmert und Herr v. Köller, damals elsäß-lothringischer Unterstaatssekretär, hat selbst hier im Reichstagsgebäude 4 Jahre im Antezit gewesen zu sein, ohne den Paragraphen gekannt zu haben. Erst in der neuesten Zeit hat man wieder begonnen, sich des Gegenstandes zu bemächtigen, und zwar zu agitatorischen Zwecken. (Widerwärtig.) Im Wesentlichen ist der Paragraph nur eine Warnungstafel, oder besser eine Fahne, die wir aufstellen gegenüber der französischen Bevölkerung. Gewiß ist die Mehrzahl der reichsständischen Bevölkerung loyal und gut deutsch gesinnt; aber französische Sympathien sind — was ja aus der Geschichte hervorgeht — noch vorhanden; namentlich stark sind sie unter dem katholischen Klerus, wo sich noch neuerdings bei dem Widerstande gegen die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg zeigte. In Rom billigt man den Plan; aber ein Teil des reichsständischen Klerus bekämpft ihn als zur Stärkung des Deutschtums führend.

Elsaß-Lothringen ist ein Grenzland; unsere Nachbarn sind erregbar; alle Beziehungen spinnen sich über die Grenze. Wohl sind unsere Beziehungen zur französischen Regierung die denkbar besten (hört, hört), wohl ist uns die Stimmung in Frankreich augenblicklich freundlich. Aber niemand bürdet uns zur Last. Wir dürfen daher die Mittel nicht aus der Hand geben, deren wir bedürfen, um uns ein Land zu sichern, das wir mit Waffengewalt und nicht durch Volksabstimmung gewonnen haben und das zu behalten unser gutes Recht ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Niff (Frei. Vg.): Die heutige Erklärung des Reichskanzlers ist weit schärfer und unfreundlicher ausgefallen, als die, die 1895 der Regierungsvertreter abgab. Nicht ein einziger Fall von Aufruhr und Landfriedensbruch ist seit 1880 im Reichslande vorgekommen. Entschieden muß ich mich dagegen wenden, daß einem Teil der Elsaß-Lothringer Loyalität und Patriotismus abgesprochen wird. Freilich ist für manche Leute die Regierungsgewaltigkeit der Gradmesser des Patriotismus. Trotz der heutigen Haltung des Reichskanzlers gebe ich doch noch nicht die Hoffnung auf, daß der Bundesrat sich zur Aufhebung entschließen wird. (Beifall.)

Abg. Sank (El.): Gegenüber den Angriffen auf die Loyalität der elsäß-lothringischen Reichstagsabgeordneten habe ich zu erklären, daß wir auf dem Boden der Reichsverfassung stehen und daß somit der uns entgegengebrachte Vorwurf der Reichsfeindschaft unbedeutend ist. In Elsaß-Lothringen herrscht die Ruhe des Kirchhofs. Nicht müssen, immer das Maul halten, ist dort die Parole. — Ausländische Blätter und ausländische Agitation kann man auch ohne Diktaturparagraphen unterdrücken. Die Franzosenreviere grenzt geradezu ans Krankhafte. Einem sozialdemokratischen Arbeiter wird im Weg erklärt, man könne keine Sozialdemokraten in Elsaß-Lothringen gebrauchen; man habe an den Franzosen gerade genug. — Die Aufhebung des Diktaturparagraphen würde nur einigen Beamten unangenehm sein, die sich gar zu wohl in ihrer Diktatorrolle fühlen. Ich bitte Sie, Vertrauen zu der reichsständischen Bevölkerung zu haben und den Paragraphen aufzuheben, der nur Ruhe ins Land trägt und uns in Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Abg. Prinz v. Hohentlohe-Zillingfürst (mitd.): Ich bin für allmähliche staatsrechtliche Gleichstellung der Elsaß-Lothringer mit den anderen Reichsangehörigen und auch für Aufhebung des Diktaturparagraphen, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Regierung ausreichende Waffen gegeben werden, um die verhassten Agitationen zu bekämpfen. Blätter wie das Journal de Colmar und der Elsäßische Courier bemühen sich, alles Französische zu preisen und alles Deutsche herabzusetzen. Und das alles, obgleich Elsaß-Lothringen eine so milde Regierung hat, wie seit Jahrhunderten nicht. (Gelächter bei den Elsäßern.) Wenn die Aufhebung des Diktaturparagraphen zur Zeit nicht angänglich ist, so hat sich der friedliebende Teil der Bevölkerung bei den Unruhestiftern zu bedanken.

Abg. Höffel (Npl.): Elsaß-Lothringen saßt die Verbeibehaltung des Diktaturparagraphen als ein Mißtrauensvotum auf und wünscht endlich der Bevormundung ledig zu werden, welche die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemmt. Die Aufhebung des Diktaturparagraphen liegt im Interesse Elsaß-Lothringens und des Reiches. (Beifall.)
Abg. Gröber (Centr.): Meine Partei ist selbstredend für den Antrag. Vor fünf Jahren wollte der jetzige Herr Reichskanzler dem Diktaturparagraphen nur noch eine theoretische Bedeutung zubilligen. (Hört, hört! im Centrum.) Die Logik der heutigen Ausführungen des Reichskanzlers, der doch mit Nachdruck unsere guten Beziehungen und wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemmt, die Aufhebung des Diktaturparagraphen beweisen will, ist mir nicht recht klar geworden, ebenso wenig wie der Zusammenhang der Straßburger Fakultätsfrage mit dem Diktaturparagraphen. Prinz Hohentlohe erklärte bezeichnenderweise, die Verhältnisse seines eigenen Wahlkreises bedingten nicht die Notwendigkeit des Paragraphen, aber die Lage in anderen Landstrichen mache ihn zum dringenden Bedürfnis. (Weiterkeit.) Wenn der Herr Reichskanzler von der Beizung des Paragraphen als Agitationsmittel sprach, so steht es ja bei ihm, durch Aufhebung desselben den Agitatoren dies Mittel aus der Hand zu nehmen. (Schrei richtig! im Centrum und links.) Man spricht jetzt so viel von der Weltpolitik. Mit einer Politik des Mißtrauens und der Kränkelei treibt man keine Weltmachtpolitik! (Schrei. Bravo! im Centrum.)

Abg. Singer (Soz.): Meine Freunde werden natürlich für den Antrag stimmen. Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers beweisen, daß die Regierung keine Gründe zur die Notwendigkeit der Verbeibehaltung des Diktaturparagraphen anführen kann. Es ist nicht der geringste praktische Nachweis dafür geliefert, daß in Elsaß-Lothringen Zustände herrschen, die den Paragraphen als notwendig erscheinen lassen. Nüchtern hat sich die Regierung um diesen Paragraphen nicht gekümmert. Der Reichskanzler sagte, Herr von Köller habe ihn überhaupt nicht gekannt. Damit hat er doch bewiesen, daß der Paragraph nicht notwendig ist. Wenn sich solche Bestimmungen nicht aus den Verhältnissen des Landes ergeben zu haben sie nur die Bedeutung, die Bevölkerung nutzlos zu halten. Der Herr Reichskanzler meinte, man verlange die Beizung des Paragraphen erst wieder in neuerer Zeit, um ein Agitationsmittel zur Erregung von Unzufriedenheit zu haben. Das Verhalten nach Aufhebung des Paragraphen ist nicht wie der Paragraph selbst. Vor zwei Jahren erklärte der Reichskanzler, daß die Regierung der Aufrechterhaltung des Paragraphen zur Zeit noch bedürfe, heute sagte er, er könne die Aufhebung des Paragraphen nicht in Aussicht stellen. Wenn Elsaß-Lothringen durch solche Gewaltmittel als das deutsche Reich gelöst werden muß, wird man nie erwarten dürfen, daß die innere Anhänglichkeit zum Reich irgendwelche Fortschritte macht. Das ganze elsäßische Leben muß unter dem Diktaturparagraphen leiden. Ich erwinnere mir an die vielen Betrugsvorfälle. Meine Partei hat ebenfalls unter diesen Zuständen leiden müssen. Der Herr Reichskanzler wird ganz gewiß, welche Auffassung auch in Regierungskreisen, wenn auch nicht in öffentlichen, über den Belagerungszustand geäußert haben. Wer ohne solche Bestimmungen nicht regieren kann, der kann überhaupt nicht regieren. (Schrei richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Diktaturparagraph ist entweder ein Zeichen der Schwäche der Regierung oder aber ein Zeichen der Gewalttätigkeit, die eines Kulturstaates unwürdig ist. Wir im Reichstagsgebäude dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, den die Herr Reichskanzler angenommen hat. Die Meinung, daß die Zurückhaltung in Elsaß-Lothringen durch den Diktaturparagraphen gefördert werden konnte, wird dem Herrn Reichskanzler durch unsere Abstimmung hoffentlich gründlich genommen werden.

Der Abg. Prinz Hohentlohe, der sich heute zu der Auffassung des Reichskanzlers bekant hat, hat leider vergessen, aus die Gründe dafür bekannt zu geben. Er meinte, wenn die Regierung auf den Diktaturparagraphen verzichten sollte, müßten ihr andere Waffen gegeben werden, um Störungen im Innern zu vermeiden. Solcher Waffen bedarf es gar nicht, die Regierung hat sie schon. Zu welchen Härten der Gebrauch einer derartigen Gewaltmaßregel führen kann, dafür sind Beispiele vorhanden. In Mühlhausen wurde ein harmloser Mensch, der auf der Straße „vive la France“ gerufen hatte, ohne damit jemand zu provozieren, verhaftet und mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. Ebenfalls in Mühlhausen wurden Abgeordnete gegen die Unruhestifflage, die ganz ordnungsgemäß hergestellert waren, konfisziert usw. Bei der Begründung der Unruhestifflage hieß es: „Die vorgeschlagenen Maßregeln sind das Mindestmaß dessen, was die Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung braucht.“ Die Unruhestifflage ist abgelehnt und die Regierung kommt auch ohne sie aus. Der Abg. Prinz Hohentlohe hat die Stimmung der dortigen Rechte als Grund zur die Notwendigkeit der Verbeibehaltung des Diktaturparagraphen genannt. Er hätte lieber die Ausdehnung des Reichsverwahrgesetzes auf Elsaß-Lothringen verlangen sollen. Die Reichslande haben noch immer unter dem elsfanzösischen Geis zu leiden, das in Frankreich selbst nicht mehr gehandhabt wird, in Elsaß-Lothringen aber noch immer gilt. Eine Verurteilung der antideutschen Stimmung bei einem Teil der elsfässischen Presse ist übrigens gerade bei einem Gliede der Familie Hohentlohe verwunderlich. Ein Prinz Hohentlohe, wenn ich nicht irre, war es unser Abg. Prinz Hohentlohe, wollte sich ja in Fußland naturalisieren lassen. Da sollte der Abg. Prinz Hohentlohe die antideutsche Stimmung einiger Blätter in Elsaß-Lothringen nicht als Grund für die Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen anführen. Wägen die Verhältnisse wirklich so aus, wie man uns glauben machen will, dann würden die berufenen Vertreter Elsaß-Lothringens nicht Jahr für Jahr mit demselben Antrage wiedertreten. Wir finden es bezeichnend, daß in einem Kulturstaat ein solcher Paragraph überhaupt vorhanden ist, und zudem keine Beizung. Sagt die Regierung nein, dann hat sie auch die Verantwortung zu tragen, wenn der Assimilierungsprozess in den Reichslanden so aus wie seine Fortschritte macht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Büsing (Npl.): Im Interesse der friedlichen Entwicklung der Reichslande fordern wir die Aufhebung der Diktatur und werden daher für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Hallein (Npl.) verteidigt die Maßnahmen der Regierung gegen Singer. Die Presse schimpft zu viel. Die Instruktionenordnung müsse allerdings mit Takt gehandhabt werden.

Abg. Dr. Arendt (Npl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Büsing an und erklärt sich für den Antrag Winterer, gegen den freilich die Mehrheit seiner Fraktion stimmen werde.

Abg. Werner (Npl.) ist für den Antrag Winterer, desgleichen Abg. Nicker (Npl.).

Abg. Wanderscheer (El.): Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß der Prinz Alexander Hohentlohe sich vor seiner Wahl für die sofortige Aufhebung des Diktaturparagraphen ausgesprochen hat. (Hört, hört!) Ein großer Teil seiner Wähler wird nicht verstehen, daß er sich jetzt hier schärfer als der Regierungsvertreter für Verbeibehaltung des Paragraphen ausgesprochen hat. Wir haben mit Mühen und Genugthuung wahrgenommen, daß der Redner fast aller Parteien sich für die Gleichberechtigung der Elsaß-Lothringer ausgesprochen haben, dagegen mit Entrüstung, daß ein elsfässischer Abgeordneter, der freilich nebenbei Bezirkspräsident ist, sich für Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen erklärt.

Vizepräsident v. Frege: Anspielungen auf die außerordentliche Tätigkeit eines Abgeordneten sind hier nicht Eite. (Heiterkeit.)

Abg. Breiß (El.): Die Befreiungen, die das neue Preßgesetz enthalten soll, können nur von Wert sein, wenn der Diktaturparagraph aufgehoben wäre. Die Regierung wird sich nicht wundern können, wenn die Verbitterung sich in den Herzen der elsfässischen Bevölkerung immer tiefer einträgt.

Abg. v. Levechow (Centr.): Der Diktaturparagraph gefällt mir und meinen Freunden auch nicht. (Zuruf links: aber! —) aber (große Heiterkeit) nicht wir, sondern die verbündeten Regierungen können übersehen, ob der Zeitpunkt zu dieser Aufhebung jetzt schon gekommen ist. (Lachen links.)

Abg. Wetterle (El.) bemerkt, daß Prinz Hohentlohe die bindende Erklärung abgegeben habe, gegen den Diktaturparagraphen einzutreten.

Damit schließt die Diskussion.
Persönlich bemerkt Abg. v. **Hohenhausen-Schilling**, daß sein Name sei so unbedeutend, daß von Internationalität gar keine Rede sein könne. Daß er nicht unbedingt gegen den Entwurfparagrafen sei, habe er schon in seiner Wahlprogrammrede ausgesprochen.
Abg. **Stinger** (Soz.): Wenn der Abgeordnete seinen Namen arbeitschwer bewirbt, beweist das nur, daß in diesem Falle der Name nichts zur Sache thut. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten.
Damit ist die erste Lesung erledigt; das Haus tritt in die zweite Lesung ein.
Abg. **Stinger** zieht den sozialdemokratischen Antrag, der denselben Gegenstand behandelt, als erledigt zurück.
Eine weitere Diskussion findet nicht statt. Der Antrag Winterer wird gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils der Reichspartei angenommen.
Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Mittag). Schluß 6 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Das **preussische Abgeordnetenhaus** erledigte heute endlich die erste Beratung der **Ständebahn-Vorlage**. Der Entwurf wurde der Budgetkommission überwiegen. Die zurückgestellten Titel des Domänenvermögens und des Forstvermögens wurden nach den Vorschlägen der Budgetkommission erledigt und eine von dieser Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen, wonach die Regierung ersucht wird, die Domänenveräußerungen und Erwerbungen, soweit sie den Betrag von 100 000 Mark im einzelnen Falle übersteigen, in den Nachweisungen der bei der Domänen- und Forstverwaltung vorkommenden Flächenveränderungen anzuführen und in einer Denkschrift zu erläutern. Der Versuch der Linken und des Centrums, im Interesse des Eigentums das Domänenveräußerungsrecht der Regierung auf drei Millionen im Höchstbetrage zu begrenzen, mußte scheitern, da die Rechte, die sich bei der ersten Lesung der zurückgestellten Titel sehr ungebührlich gestellt hatten, sich mit der Regierung vertragen und mit der nachträglichen Nachweisung der vorgenommenen Veränderungen im Domänenbesitz begünstigt hat. Die Vorlage über die Ausdehnung der Wassergenossenschaft auf das Ruhrgebiet wurde in erster und zweiter Lesung unverändert genehmigt. Der konservativ-abgeordnete **Gamp** entdeckte dabei wieder einmal die Notwendigkeit der Hebung der kleinen Industrie durch die billigen Wasserkräfte und prägte das Wort: Die Zukunft unserer Industrie liegt auf dem Wasser. „Aua!“ rief ihm der national-liberale Abgeordnete **V. Geyern** zu, aber davon will Herr Gamp nichts wissen. — Die Vorlage wegen der Weichselregulierung wurde an eine Kommission verwiesen. Auf der morgigen Tagesordnung steht die Vorlage über die Polizeiverwaltung von Charlottenburg, Schöneberg und Nidda. Die Abänderung der Kreisordnung.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Genosse **August Bebel** begeht heute — am 22. Februar — seinen 60. Geburtstag. Das Klassenbewusste Proletariat treibt keinen Personenkultus. Es weiß, daß die Geschichte nicht von einzelnen Persönlichkeiten gemacht wird, die man darum wie Halbgötter verehren mußte. Aber ebenso hieß es das Volksempfinden völlig zu verkennen, wenn man bestreitet wollte, daß das Volk nicht das Gefühl warmen Dankes für die Männer empfindet, die im besondern Maße in der ersten Reihe des im Klassenkampf stehenden Proletariats gekämpft haben. Dies Gefühl bringt man auch dem Genossen Bebel entgegen. Denn er hat seit 39 Jahren sein Leben ein Leben des Kampfes sein lassen, des tapfersten Kampfes für die Emancipation der arbeitenden Klasse, der Sozialisierung der Gesellschaft. In den weit überwiegenden Tagen der Stürme hat er standhaft und unverzagt ausgehalten, in den viel weniger zahlreichen guten Tagen hat ihn die kluge Besonnenheit nie verlassen. Mit dem Wort wie mit der Feder hat er stets sein Bestes gegeben und darum zählen wir ihn mit Stolz zu unseren Besten. Wir sind uns bewußt, nicht fehl zu gehen, wenn wir uns am heutigen Tage zum Interpretieren des auch hier empfundenen Wunsches machen, daß es dem Sechzigjährigen vergönnt sein möge, in Gesundheit und Frische auch im siebenten Jahrzehnt die Freude, welche ihm die liebste sein wird, zu erleben, auf der ganzen Linie des Klassenkampfenden Proletariats ein unaufhaltbares sieghaftes Vordringen allezeit wahrnehmen zu können! —

Am 9. d. M. erklärte Graf **Pojadowsky** im Reichstage, die **Flottenvorlage** sei im Bundesrat einstimmig angenommen worden. Kurz darauf wurde aus Greiz gemeldet, es sei unrichtig, wenn angenommen werde, die Regierung des Fürstentums **Reuß a. L.** habe dem Gesetze zugestimmt. Beide Behauptungen, die auf den ersten Blick einander widersprechen, stehen mit den Thatsachen im Einklang, denn in der Kreuzzeitung lesen wir: „Es wird uns von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt, daß in der Sitzung des Bundesrats vom 25. v. Mts., in der sämtliche Bundesstaaten mit Ausnahme von **Reuß a. L.** vertreten gewesen sind, der Flottenvorlage in der That von allen vertretenden Bundesregierungen zugestimmt worden ist, und daß diese Zustimmung von dem Grafen **Pojadowsky** mit Recht als eine einstimmige bezeichnet worden ist, weil nach ausdrücklicher Bestimmung des Artikels 7 Abs. 3 der Reichsverfassung nicht vertretene Stimmen im Bundesrat nicht gezählt werden.“ Dann hat also Heinrich der Junodvorne von **Reuß älterer Linie** seinem Bundesratsvertreter scheinbar Befehl gegeben, von der Abstimmung über die Flottenvorlage fernzubleiben. Bei der Zuchtvorlage mußte er erscheinen und dagegen stimmen.

Zur **Deckungsfrage** für die Flottenvorlage äußerte sich bei der Beratung des Budgets in der badischen ersten Kammer der badische Finanzminister **v. Buchenberger**: „Die Regierung glaubt, daß die Einnahmen des Reichs nach der bisherigen Entwicklung es möglich machen, die Kosten auf diese Weise anzubringen. Sollte der Reichstag aber wünschen, daß neue Deckungsmittel geschaffen werden, dann muß eine Verständigung gesucht werden. Sollte schließlich der Reichstag zu der Ansicht kommen, daß die Kosten auf die Steuern umgelegt und die Militärbeiträge erhöht werden sollen, dann ist das Gefüge unseres Staatshaushalts so fest, daß wir die Mehrausgaben tragen können, ohne unsere Kultur Ausgaben deshalb Not leiden zu lassen.“ Gewiß die Kultur ausgaben sind schon jetzt so gestellt, daß sie geradezu glänzend — nicht befriedigt werden. Und wie sehr sich die Finanz-

lage des Reichs verschlechtert hat, ergibt sich in vollem Umfange erst aus einer näheren Klarstellung der offiziellen Berliner Volkszeitung Nachrichten zu den Mitteilungen des Reichsbudgetamtes an die Budgetkommission. Danach schließt das laufende Etatsjahr 1899 rechnerisch mit einem **Anleihebedarf** von **80 Millionen** Mark ab, während im Vorjahre 1898 der Anleihebedarf nur 13 Millionen Mark betrug. Dazu kommt, daß in dem Jahre 1899 zum ersten male seit langer Zeit die **Matrivularbeiträge** die Ueberweisungen aus Reichssteuern an die Einzelstaaten, und zwar um den Betrag von 8 Millionen Mark, übersteigen. —

Die **lex Heinze** wird Thatsache. Ein parlamentarischer Berichterstatter meldet über die vertrauliche Besprechung zwischen dem Staatssekretär **Nieberding** und den Vertretern der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen: Die Besprechung hat, wie verlautet, zu einer Verständigung über die streitigen Punkte in zweiter Lesung, Heranziehung des Schutzes für Mädchen von 16 auf 18 Jahre, den Arbeitsberufparagrafen usw. geführt. Im Interesse des Bundes kommens des Gesetzes ist man dem Standpunkte der verbündeten Regierungen entgegengekommen. Die dritte Lesung dieser Vorlage wird noch vor Ostern stattfinden. Die Deutsche Tageszeitung, deren **Veter** Dr. **Dertel** der Konferenz beiwohnte, übernimmt diese Mitteilung und fügt ihr hinzu: Da die Verhandlungen vertraulich waren, sind wir nicht in der Lage, Näheres mitzuteilen. Daß die **lex Heinze** wirklich Gesetz werden wird, scheint unabweisbar. Also noch vor Ostern wird das Volk sich der Gabe erfreuen dürfen, die ihm im tugendheuchlerischen Eifer des Centrums und die Konservativen im Bunde mit den Nationalliberalen bescherten. —

Um die **Warenhaussteuer** illusorisch zu machen, braucht der jetzige Inhaber eines großen Warenhauses, wie das Berliner Tageblatt ausführte, daselbe nur in vier Abteilungen einzuteilen und aus jeder Abteilung eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu machen, deren ausschließlicher Zweck der Handel mit den durch das Gesetz vorgeschriebenen Artikeln ist, während der bisherige Inhaber an die Gesellschaften das Lokal vermietet und vielleicht auch noch den nicht besteuerten Einkauf für die Gesellschaften besorgt; so ist es nur eine Sache der nötigen Änderungen in den Handlungsbüchern, und alles ist „gesetzlich“ eingerichtet. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß hierfür die innere Organisation eines Warenhauses nur eine sehr unbedeutende Änderung zu erleiden braucht. Die einzelnen Gesellschaften würden genügen, wenn sie mit dem mindest zulässigen Kapital von 20 000 Mark ausgestattet sind, da ja ihr einziger Gläubiger der bisherige Inhaber ist, welcher zugleich sämtliche Gesellschaftsanteile gleich nach der Gründung erworben hat. Es wäre tragikomisch, wenn es zur Anwendung solcher Praktiken gegenüber dem neuesten Gesetzgebungstunföhl käme. —

Ueber die Wiederherstellung der Berliner **Produktenbörse** schreibt die Börsenzeitung: „Im Saale der Produktenbörse werden Vorbereitungen für den Wiedereinzug der Getreidehändler getroffen. Heute waren die früheren Bänke der Interessenten bereits wieder aufgestellt, und letztere suchten durch Anheben von Namen sich die passenden Plätze zu sichern. Es ist für die Wiedererrichtung der Produktenbörse soweit alles in Ordnung, nur noch die Vorstandswahl und die Ernennung der Makler ist zu vollziehen. Die Vorstandswahl dürfte sich wohl noch 10 bis 14 Tage hinziehen, weil sehr viele der Interessenten während des dreijährigen Interimismus ihre Bänkearten nicht erneuert haben und nun neue hierauf bezügliche Anträge stellen müssen, deren Erledigung wegen des vorgeschriebenen achtägigen Ausschusses der Anträge einige Zeit in Anspruch nimmt. Auch sind die 10 landwirtschaftlichen, zur Wahl bestimmten Vertreter noch nicht präsentiert. Immerhin dürfte Anfang März die Börse wieder in Ordnung sein.“ —

Bei dem Feiernahme zu seiner Inthronisation am Dienstag hielt **Erzbischof Dr. Sinar** von Wien eine Rede, in welcher er seinen Dank für die ihm erwiesenen Ehrungen aussprach und das Betsprechen abgab, der Erzbischof allezeit ein wackerner, treuer und opferwilliger Hirte zu sein. Nach der württembergischen Volkszeitung fuhr der Erzbischof fort: „Wie bisher soll auch in alle Zukunft mein einziger Ehrgeiz sein, den Ruf eines treu katholischen Bischofs mir zu wahren, und damit zugleich den eines treu patriotischen Bischofs. Der eine kann ja vom andern immer getrennt werden, so lange mit dem hehren Namen des Patriotismus eine der edelsten Tugenden bezeichnet wird, jene Liebe zu Gott und Vaterland, deren höchste Ziele, deren Sterne durch die göttliche Weltordnung bestimmt sind. In dem die Bischöfe durch die Pflege christlichen Glaubens und christlicher Sitte diesem ewigen göttlichen Geleite die Weltung zu sichern sich bemühen, die im privaten wie öffentlichen Leben ihm gebührt, schämen sie die unentbehrliche Grundlage aller gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung und fördern sie eine der vornehmsten Bedingungen dauernder Größe und Wohlfahrt der Völker. Ich bitte Sie, hochwuerdige Herren, es als Befriedigung meines iseben ausgesprochenen Gelübnisses betrachten zu wollen, wenn ich Sie nunmehr einlade, unsern geliebten Kaiser, dem treuen, starken Schutzherrn des Völkerfriedens und dem weisen, unermüdeten Lehrer und Verteidiger göttlicher Weltordnung und ihrer sozialen Gesetze auf St. Petri den Ausdruck unserer dankbaren Verehrung darzubieten in dem Maße: Seine Majestät unser allgerädhigster Kaiser und König **Wilhelm**, und Seine Heiligkeit **Papst Leo** leben hoch! Man wird dieses schöne patriotische „Gelübnis“ am besten würdigen, wenn man bedenkt, daß jeder katholische Bischof in Rom dem Papst schwört, die Kaiser nach Kräften zu unterstützen. Nun ist doch der deutsche Kaiser auch Protestant! —“

Nachrichten aus dem Auslande.

Die tschechischen Vertreter bei der **österreichischen** Verständigungskonferenz hatten gestern mit dem Minister-

präsidenten **Dr. v. Nöcker** eine längere Besprechung, in der sie erklärten, daß sie die Obstruktion beschließen würden, falls nicht die Wiederherstellung der tschechischen inneren Dienstsprache bei den Staatsbehörden in Böhmen erfolge. Es bleibt abzuwarten, ob die böhmischen Feudalaristokraten, die bisher mit den Tschechen so eng verbündet waren, sich der Obstruktion anschließen werden. Man glaubt, daß die übrigen Parteien der Rechten, namentlich Polen und katholische Volkspartei, sich einer etwaigen tschechischen Obstruktion entgegenstellen werden. Die Regierung plant im Falle der Fortsetzung der Obstruktion die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Eine Abrechnung mit **Chamberlain** ist Dienstag im **englischen** Unterhause verhandelt worden. Die Opposition, bestehend aus den Liberalen, Radikalen und den Freen, unternahm es, eine neue Untersuchung über den **Jan-son-Fall** und Chamberlains Mißwissenschaft durchzuführen. Den Antrag stellte der Liberale **Thomas**. Durch die Enthüllungen der **Independence** Belge sei die Unparteilichkeit des Untersuchungs-Ausschusses und dadurch die Ehre des Unterhauses und des Landes angefochten. **W. Jones** schärf ging wieder der Liberale **Evans** ins Zeug. Es sei jetzt die Frage, ob die Ueber des **Jameson-Zuges** genügend Macht und Einfluß hätten, um die Majorität des Hauses zu hunden, eine neue Untersuchung einzuführen zu lassen. Chamberlains Ruf sei angefaßt, es sei ihm seine Pflicht geweien, dem Ausschusse alles ihm im Kolonialamt zur Verfügung stehende Material vorzulegen. Chamberlains Verhalten habe schweren Verdacht erregt. Er habe seine mehrere Korrespondenz mit **Samstley** über die Frage der Vorlegung der Telegramme **Hamstleys** nicht vorgelegt. Chamberlain habe sich, indem er die Vorlegung der Telegramme unterließ, schweren Ungehorsams schuldig gemacht und hätte vor das Haus als **Verichtsvogel** gestellt und im Glockenturm eingekerkert werden müssen. Die Unterdrückung dieser Telegramme, die zweifellos kompromittierend gewesen seien, wölviere die **Misshandlung** des Kolonialamts. Das Vaterland und das Publikum verlangten eine neue Untersuchung. Unter dem bedäufenden Beifall der Ministerellen hielt Chamberlain in leidenschaftlicher Erregung seine Erwiderrungsrede. Er wies darin die Anklagen zurück und sagte, seit der letzten Untersuchung seien keine neuen Thatsachen vorgebracht. Das Ziel der Bewegung und der Intrigen sei ein politisches; er solle nämlich verhindert werden, an der Regelung der Transvaalfrage teilzunehmen. Eine neue Untersuchung lehne er rundweg ab. Die Liberalen **Harcourt** und **Camphell-Bannerman** sprachen dann noch für den Antrag **Thomas**, der jedoch von der chauvinistischen Majorität schließlich niedergestimmt wurde. —

Vom südafrikanischen Kriegeschauplatz.

Die Bedeutung des Entsatzes von **Rimberley** tritt immer schärfer hervor. Sie äußert sich nicht nur in dem vollständig veränderten Bild auf dem nordwestlichen Kriegstheater, sondern vor allem auch in dem gänzlich veränderten Stand der Dinge in Natal. Was **Buller** mit seinem dreimaligen Angriff auf die Stellungen der Buren bei **Colenso** und am oberen **Tugela** nicht zu erzielen vermochte, scheint sich als eine Begleitercheinung des Entsatzes von **Rimberley** zu vollziehen: die Buren geben die Belagerung von **Labysmith** auf. Noch hat aber das **Londoner Kriegsamt** keine Bestätigung dieses an der **Londoner Börse** umlaufenden Gerüchtes erhalten und steht diesem bisher noch zweifelnd gegenüber. Aber die Meldungen der letzten Tage über neue Kämpfe bei **Colenso**, bei denen die britischen Truppen bedeutend an Terrain gewannen und wichtige Stellungen im Süden des **Tugela** zu erobern vermochten, ließen bereits erkennen, daß die Buren sich allmählich aus ihren bisherigen Positionen zurückziehen und nun erfahren wir auf dem Umweg über **Brüssel**, daß **General Joubert** Natal räumt und die Belagerung von **Labysmith** aufgibt. Dieser Entschluß ist begreiflich bei der ganz veränderten Kriegslage, die den Buren den Schutz des eigenen Bodens zur ersten Pflicht macht. —

General Roberts meldete drähtlich vom Dienstag aus **Paardeberg**: „Die Generale **Knorr** und **Macdonald** wurden während der Kämpfe zwischen dem 16. und 18. d. Mts. verwundet.“ Das Kriegsamt hat keine Einzelheiten erhalten. Nach unvollständiger Verlautstung wurden bei **Paardeberg** neun Offiziere getötet, 39 verwundet, einer wird vermißt.

Von den Kämpfen am **Tugela** wird aus dem Hauptlager der Buren vor **Labysmith** vom 19. Februar gemeldet: Weiter fanden am **Volkskop** bei **Colenso** heftige Kämpfe statt. Die Buren hatten nur einige Verwundete. Die Verluste der Engländer sind beträchtlich. Man glaubt, daß die Garnison von **Labysmith** keine Munition mehr hat. Eine Meldung des **Colonel Buller** aus dem Lager von **Chieveley** vom Mittwoch besagt: „Die 5. Division überschritt heute auf einer **Pontonsbrücke** den **Tugela** und trieb den Feind zurück. Marinegeschütze brachten die feindlichen Geschütze zum Schweigen.“ —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Zum **Anstand der Fabrikarbeiter**. Die zum Mittwoch nachmittags 2 Uhr in der „**Bücherei**“ angeordnete Versammlung der **Elb- und Fabrikarbeiter** war wiederum sehr stark besucht. Die Streikkommission erstattete zunächst Bericht über die geplatzen Verhandlungen. Der **städtische** **Hausen** direktor, die **Firma Brandt-Budau** und die **Firma Kraxen** direktor (**Walter** **Reckhoff**) leiteten die Forderungen der Kommission rundweg ab. Das Verhalten des Inhabers der letzteren Firma wird als geradezu provok bezeichnet. Bewilligt haben außer den Unternehmern **Diez** und **Kämpfe** die **Firma Schulz u. Co.**, die seit 7 Mark zahlt pro **Wagon** und sich bereit erklärt hat, 8 Mark zu zahlen bei langem **Stagnant**. Ebenso hat die **Firma Greun** u. **Partner** die Forderungen anerkannt. Die Kommission unterbreitet nunmehr in Anbetracht der veränderten Sachlage der Versammlung nachstehende Resolution, die vom Vorsitzenden **Reckhoff** verlesen und zur Annahme empfohlen wird:

„Nachdem die Kommission die in Frage kommenden Thatsachen einer eingehenden Prüfung unterzogen hat, ist derselbe zu folgendem Beschluß gelangt:

a) Die Arbeit wird bei den Firmen, die die Forderungen der Fabrikarbeiter bewilligt haben, am Donnerstag früh wieder aufgenommen, unter der Bedingung, daß keine Maßregelungen in diesen Geschäften vorgenommen werden.“

o) von den Firmen, welche die Forderungen der Arbeiter sträflich ablehnen (der Städtische Hain, die Firma Brandt und die Firma Krappstein) darf die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden, bis auch sie bewilligt haben. Die Rücksicht auf die Sympathie, die die hiesige Kaufmannschaft den Fabrikarbeitern in diesem Kampfe entgegenbrachte, sowie das verständige Entgegenkommen der Firmen, die bewilligt haben, sind die Motive, welche die Kommission zu diesem Beschlusse veranlasst.

c) Alle Kollegen, welche die Arbeit Donnerstag früh zu den neuen Bedingungen wieder aufnehmen, verpflichten sich, ihre gemessenen Kollegen bekannt zu machen und — bei vollem Tagesverdienst — die Träger pro Tag 1 Mark, die Schipper pro Tag 50 Pf. an die Streikliste abzuführen. Diese Unterfertigung wird als Zulage zu der vom Centralvorstand zu leistenden, statutenmäßig festgelegten Unterstützung angesehen. Das täglich zu leistende Arbeitsquantum darf die Höhe von 1000 Centner nicht übersteigen. Zuwiderhandlungen hiergegen sind als Verstöße gegen unsere Verbandsgrundsätze anzusehen.

Diese Resolution wurde seitens der Versammlung ausföhrlich und einstimmig angenommen. Erst den energischen wiederholten Ausführungen von Görlich und Becker, die nochmals die Gründe, die zur Vorlegung der Resolution geführt hätten, darlegten, gelang es nach heftiger Diskussion, dieselbe, und zwar einstimmig, zur Annahme zu bringen. Nachdem Görlich zum Schluß nochmals aufgefordert, der Organisation nunmehr eine festere Basis zu geben, zusammenzuhalten, und in ähnlichen Worten den Wert eines einheitlichen Vorgehens den Versammelten vor Augen geführt hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf einen baldigen Sieg auf der ganzen Linie geschlossen. Der in Haft befindliche Fabrikarbeiter Kusche ist am Mittwoch wieder entlassen. Zwei andere Fabrikarbeiter, Hermann Enderling und Gustav Wieseberg, wurden in der alten Neustadt am Mittwoch mittags 12 1/2 Uhr zum Meider 9 hinführt, wo ihnen nach Feststellung ihrer Personalien die in ihrem Besitz befindlichen Streikkarten und Mitgliedsbücher abgenommen und bis jetzt noch nicht wieder eingekündigt worden sind. — Von den Streikenden dürften ca. 100 Mann die Arbeit heute wieder aufnehmen.

Metallarbeiterausstand in Magdeburg. Metallarbeiter, Messerschmiedel Der Ausstand bei Garrett Smith u. Co. dauert fort. Neues hierzu ist nicht mitzuteilen. Von den Arbeitwilligen hört einer nach dem anderen auf. Hoffentlich nehmen sich andere Arbeiter eine Lehre hieran. Die Ausständigen erwarten in Ruhe, daß die Situation sich für sie günstiger gestalte.

Ein polizeilicher Mißgriff. Aus Trier wird unter dem Datum des 16. Februar gemeldet: Einen kaum glaublichen Mißgriff polizeiverwaltender Geesegensetzung erfuhr eine hiesige Schiffverhandlung. 12 Vorstandsmitglieder verschiedener hiesiger Krankenkassen hatten Strafbefehle von 15 Mark erhalten, weil sie in einer gemeinschaftlichen, polizeilich nicht angeordneten Vorstandssitzung als Väter oder Mütter auftraten. Die Krankenkassenvorsände hatten, von der Aufsichtsbehörde zur Wahl der Vertreter der unteren Verwaltungsbehörde für die Krankenversicherung aufgefordert, sich zusammenzusetzen, um eine möglichst einheitliche Wahl zu erzielen. Als nun aber die Veranmittlung polizeilich überwacht wurde, nahm man die Wahl in der Weise vor, daß die Vorposten der einzelnen Massen ihre Vorstandssitzungen eröffneten und nach erfolgter Wahl wieder schlossen. Hiermit glaubten die Angeklagten nicht nur der Aufsichtsbekörde, sondern auch der Polizeibehörde gerecht geworden zu sein und erhoben gegen die Strafbefehle Einspruch. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß außer der amtlich angeordneten Wahl in der Zusammenkunft keine öffentlichen Angelegenheiten, auch nicht solche sozialpolitischer Natur, besprochen wurden, ausgenommen allerdings eine kurze Erörterung über das Vereins- und Versammlungsgesetz, welche durch die Beschwerden gegen die Heberwagung der Veranmittlung durch den Polizeibeamten veranlaßt worden war. Die Verteidigung des Vorstehens der gemeinsamen Ortskrankenkassen, Stadtverordneten Vorn, hatte der Rechtsanwält Stadoverordneter Justizrat Müller übernommen, welcher denn auch diese Strafverkürzung und deren Erheben teilweise recht drastisch schilderte. Die Beschuldigten hätten eine amtliche Aufforderung zur Folge geleistet und unter dem Zwange einer Strafandrohung die Wahl vollzogen, welche von verschiedenen Kassen gemeinschaftlich vorzunehmen von dem Reichsversicherungsamt als zweckmäßig erachtet worden sei. Demgegenüber führte der Verteidiger aus, könne das Vereinsgesetz bei Krankenkassen in Frage kommen, die als öffentliche Glieder des Staates fungieren und zu dem staatlichen Verwaltungsapparat gehören. Nach § 21 des Vereins- und Versammlungsgesetzes fänden sogar die angeordneten Bestimmungen auf die durch Gesetz oder gesetzliche Autoritäten angeordneten Versammlungen keine Anwendung. Dem Akt habe sich in dieser Sache an den Abg. Münteles gewandt und dieser wie auch das Reichsversicherungsamt seien höchst erbaunt gewesen über die Thatsache, daß man Personen unter Strafe stellen wolle, die eine amtlich und von der Behörde einberufene Versammlung abhielten. Der Verteidiger bezweifelte die Strafbarkeit als einen polizeilichen Mißgriff und beantragte Freiverweisung. Das Gericht gab dem Antrage der Verteidigung statt und sprach die Angeklagten frei, unter Uebnahme sämtlicher Kosten, einschließlich derjenigen der Verteidigung, auf die Staatskasse. Hier in Magdeburg haben ebenfalls die Krankenkassen wegen derselben Wahl eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung abgehalten und sind auch hier mehrere von den in der Veranmittlung anwesenden Personen mit einem Strafbefehl von 15 Mark bedacht worden. Das hiesige Gericht wird sich auch mit

dieser Sache zu beschäftigen haben und sich hoffentlich auf denselben Standpunkt stellen, welchen das Gericht in Trier eingenommen hat, denn was in Trier erlaubt ist, kann doch wohl in Magdeburg nicht strafbar sein, zumal die Wahlen von der Behörde angeordnet sind. — Ein Betrag zur Wohnungsnot. Ein Hausbesitzer in der Weststraße berichtet vor einigen Tagen, daß er eine kleine Wohnung zu vermieten habe; es meldeten sich hierauf bei ihm in stützbarer Zeit nicht weniger denn 46 Mieter, von denen doch selber nur einer die Wohnung bekommen konnte. Wie mögen nun die Wünsche der übrigen Wohnungsuchenden gestillt werden? — Achtung, Radfahrer! Bei Beginn der besseren Jahreszeit scheinen auch die Radfahrer ihrer Winterschlaf beendet zu haben. So wurde am Dienstagabend einem hiesigen Fleischermeister, der sein Fahrrad (Marke Darrotop) auf kurze Zeit unbeaufsichtigt im Hause des Restaurateurs Eteler stehen ließ, entwendet. Vom Täter fehlt zur Zeit noch jede Spur. Unsere Radfahrer seien also auf der Hut. — Radbruch. Am Mittwoch mittags 1 1/2 Uhr brach bei einem der bekannten gelben Postkutschen der Paderpost kurz vor der Mühle am alten Kirchthor ein Hinterrad plötzlich zusammen. Der Fahrer des Wagens wurde auf ziemlich unfauler Weise auf das Straßenpflaster besüßert. Während der Begleitmann die Speichen des Rades zusammen suchte, brachte der Metzger das Gefährt langsam nachschleifend aus dem Bereich der Elektrischen. — Die Elbe steigt. Die Elektrizitätsverwaltung teilt mit, daß die hydrographische Landesanstalt in Prag für Freitagabend einen Wasserstand von 3.00 m am Pegel zu Lurgau und weiteres langsam ansteigen daselbst vorherkagt. Auch im Gebiet der Saale ist nach den vorliegenden Wasserstandsrichtungen eine Abnahme im Anzuge, deren Höchststand sich zur Stunde, wie für die Elbe, gleichfalls noch nicht übersehen läßt. — Diensthofenfreuden. Ein in der Kaiser Wilhelmstraße dienendes Mädchen beschwerte sich bei ihrem Vormunde über die zu großen Anforderungen, die seitens der Dienstherrin an sie gestellt würden. Als daraufhin der Vormund das Dienstverhältnis kündigte, seine Kündigung aber wieder zurückzog, krank das Mädchen in seiner Verzeihung Schweffelsäure und verbrante sich dertatig, daß es fast hoffnungslos dem Krankenhause zugewiesen werden mußte. — Im Circus-Theater findet heute Freitag ein großer humoristischer Abend statt, an welchem wiederum die 4 Humoristen Hochgemuth, Neumann, Wetzl und Eggert mit neuen Schlägen aufwarten werden. Außerdem gelangt zur einmütigen Aufführung das im vorigen Jahre mit so großem Beifall angenommene Ensemblestück „Die Jago nach dem Will“, in welchem Hugo Hochgemuth die Rolle des weiblichen Kavallerie, die auch als Berliner Straßensänger auftreten, bleiben mir noch kurze Zeit hier, worauf wir an dieser Stelle aufmerksam machen wollen. Bei der Reichhaltigkeit des jetzigen Programms ist der Besuch des Circus-Theaters nur zu empfehlen.

Bedrohliches Anwachsen des Hochwassers wird vom Ober- rhein und seinen Nebenflüssen bei anhaltendem Regenwetter gemeldet. Die Lahn, Nahe, Mosel überfließen bereits. Der Kölnner Pegel ist auf 6,00 Meter angewachsen. Das Wasser dringt in tiefer gelegene Ortschaften und gefährdet zahlreiche Häuser kleinerente. Aus Merlolin, Mennen und Schwerte werden gleichfalls Ueberfluthungen gemeldet. Die Stadt Altena ist sehr gefährdet. Bei Geisley (Westfalen) erkrankt ein fünfjähriger Knabe vor den Augen seiner Mutter an der hochgehenden Wolke. — Wegen Unterschlagung von Postsendungen ist vor einigen Tagen ein in Wreslau angestellter Postassistent B. in Braunau in Böhmen verhaftet worden, wohin er sich begeben hatte, um zwei aus Österreichischen Geldsendungen sich widerrechtlich angeeignete Taufsendungen mitzunehmen. Die Frau des Postassistenten wurde wegen Hehlerei ebenfalls in Haft genommen. Die Unterschlagungen reichen zwei Jahre zurück und betrafen auf ca. 50 000 Mark. —

Verene, Versammlungen, Vergütigen.
Achtung, Fabrikarbeiter! Freitagabend 7 1/2 Uhr
Versammlung im Dreikaiserbund. —

Arbeiter-Vereinigung Vorkau. Die Übungsstunde findet diese Woche am Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Köhlers Restaurant, Dorotheenstraße 19, statt. — Freitag, 23. Februar:
Männer-Gesangverein „Vorkau“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Schmidt, Moldenstr. 26.
Musikantischer Vergütigenverein „Vorkau“, Magdeburg-Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde im „Weihen Risch“, Friedrichsplatz 2.
Arbeiter-Gesangverein Dierdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Kathhof zum weißen Risch).
Männer-Turnverein „Freiheits“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden im „Drei Kaiserbund“.
Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden im „Luisenpark“.
Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden in der Krone, Moldenstr. 26.
Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breiteweg 31, Übungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.
Niederbodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheits“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.
Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weihen Risch“ (Inh. Hildebrandt).
Arbeiter-Turnverein Diersfeld. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei A. Schmitz.
Mittlerer Klub Groß-Diersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Stumpf.
Freie Turner Bennedeb. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunden im Lokale des Herrn Hoppe.
Arbeiter-Turnverein „Vorkau“, Fernerleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunden bei Lausch.
Freie Arbeiterschaft Wurg. Dienstags und Freitags Übungsstunde von 8 bis 10 Uhr im „Vorkau“.
Wurg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunden im „Vorkau“.
Klein-Dierleben. Arbeiter-Gesangverein „Weihnacht“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde beim Gastwirt A. Müller.
Klein-Dierleben. Männer-Turnverein Klein-Dierleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunden bei A. Müller in Klein-Dierleben.

Provinz und Umgegend.

Stößen. (Kohlenlager gefunden.) In der Umgegend von Madegast hat der Ingenieur Strohbach Kohlenlager von großer Ausdehnung aufgefunden; die neu entdeckten Kohlenlager liegen in den Gemarkungen Madegast, Behm und Wiedorf. Der Kreis Götzen scheint demnach über bedeutende Kohlenlager zu verfügen; haben doch vor nicht allzulanger Zeit die Deutschen Zubehörsysteme im Norden und Osten des genannten Kreises große Kohlenflöze entdeckt. — **Fessen.** (Verbrannt.) Beim Güterbeförderung in Kleinbrennen bei Jellen verbrannte dessen 23-jährige blühende Schwester. Man hatte diese nebst ihrem gleichfalls blühenden Bruder eine kurze Zeit in der Wohnung ohne Aufsicht gelassen. Während dieser Zeit hatte sich das Mädchen am Ofen zu schaffen gemacht, dabei sind die Schürzen und die Kleider vom Feuer ergriffen worden. Als die Angehörigen in die Stube traten, war diese voll Rauch. Die Blühende lag verbrannt neben dem gleichfalls in Brand geratenen Sofa. — **Salzwebel.** (Ein Vorkau gegen die Flottenvereine.) Daß der Landrat eines Kreises die Reiseeingelassen warnet, den neugegründeten Flottenvereinen beizutreten, dürfte wohl als seltsames Beispiel dastehen. Dieser Fall ist aus Salzwebel zu melden, wo wir bereits mitteilten, zwei sich jeinlich gegenüberstehende Bürgerparteien je eine Ortsgruppe des Deutschen Flottenvereins gründeten. Nachdem der Landrat des Kreises Salzwebel, von der Schulerburg, daß ihm von beiden Seiten angebotene Ehrenpräsidium abgelehnt hatte, erläßt er jetzt folgende Bekanntmachung: „Es haben sich dieser Tage in hiesiger Stadt zwei Ortsgruppen des Deutschen Flottenvereins gebildet. So anerkennt der Wert der verfolgte Zweck ist, so wenig entspricht ihm der gewählte Weg. Ich müß den allergrößten Wert darauf legen, daß der Streik, der bebauertlicher Weise die hiesige Bürgergesellschaft spaltet, nicht weiteren Umfang gewinne, und fordere daher die Kreisangehörigen auf, nicht früher Mitglieder des Flottenvereins zu werden, als bis daß die beiden genannten Ortsgruppen sich zu einer werden verschmelzen haben.“ Armes Salzwebel. Nun warret glückselig zwei Flottenvereine gegründet werden und jetzt entzieht ihnen der Herr Landrat seine Gunst. —

Letzte Nachrichten.

Wittenberg. Neuzsche, in der Wittenberger Stein- gantfabrik beschäftigte Steindreher haben am 19. d. Mt., gekündigt. Grund: Lohnunterschieden. Vermutlich kommt es zum Ausstand. —

Cisleben. Die Dattler Cislebens sind am 19. d. Mt., in einen Streik eingetreten. —

Marktberichte.
Magdeburg. Erbsen (gelbe hoch) 18.00—22.00
Speisebohnen (weiße) 17.00—38.00. Linsen 20.00—42.00. Esstüffel 4.50—5.00. Rüböl 3.50—4.00. Krummstroh 2.50—3.00. Heu 5.50—7.00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0.90—1.04, von der Feuchte 1.40—1.50. Wachs 1.20—1.30. Schweinefleisch 1.20—1.40. Kalbfleisch 1.20—1.40. Hammelfleisch 1.30 bis 1.40. Speck (geräuchert) 1.60. Eibutter 2.00—2.40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4.40—4.90. —

Briefkasten.

#: F. S. 150. — Weißer Hirsch 14.30. — Von der Jungwe-
flache in der Wisnarsstraße 2.75. — R. R. B. 9. 1.00. — S. M.
3.00. — Fiderer Gustav auf dem Stadtmarsch 2.25. — Nichtfleber
1.00. — Alte Neustadt. W. 35.00. — Luisenpark 122.76. — Friedrichs-
lust 13.65. — Geburtstagsfeier Goldener Stern 1.20. — Zwei lullige
Brüder 1.00. — Dreikaiserbund 20.25. — Nicht ausgezähltes Nicht-
geld 0.47. — Nachgelteb einer Person vom Bau Graau 1.33. —
Sozialdemokratischen Gruß! —

Kleine Chronik.

In Heidenheim bei Elm vergiftete die Ehefrau Katharina
Hiller ihre zweieinhalbjährigen Zwillingstochter. Ehtliche Auseinander-
setzungen wegen dieser Kinder, die von der Frau bereits in die Gg.
gebracht wurden, veranlassten die That. —

Stannend billig!!!

Neue Taschen-Wörterbücher
Deutsch-Französisch • Französisch-Deutsch
Preis pro Bändchen 80 Pf.
Beide Teile in 1 eleganten Leinenbändchen gebunden nur 1.50 Mk.
Deutsch-Englisch • Englisch-Deutsch
Preis pro Bändchen 1 Mk.
Beide Teile in 1 eleganten Leinenbändchen gebunden nur 2 Mk.
Wilhelm Liebnecht's Fremdwörterbuch
Broschürt in 13 Heften à 20 Pf.
Gebunden 3.20 Mk.
Obige Bücher sind stets vorrätig in der
Buchhandlung Volksstimme
49 Jakobstraße 49

Möbel
Kleiderschränke 22, 28—45 Mk.
Vertikows 35 und 45 Mk.
Weilerschränke 20 Mk.
Weilerspiegel 7, 10, 12—20 Mk.
Stegliche 10 Mk.
Ehtliche 10 und 12 Mk.
Ausziehtische 22 Mk.
Elegante Divans 30, 35—45 Mk.
100 Bettstellen m. Matr.
für nur 18, 24, 30—40 Mk.
Küchenschränke 22 und 28 Mk.
Aureiche 18 und 22 Mk.
Küchtische 8 Mk.
Kochtühle 3.75, 4—7 Mk.
Küchtische 3 Mk.
Jul. Rosenberg
Katharine str. 8, hochp.
Für Brautleute!
ff. dunkle Nußbaum-Wirtschaft soll ungenüßhalber preisbillig verkauft werden. Die Sachen werden auch einzeln abgegeben.
453 Stephansstraße 24, 1. Etg., 1st.
* Ein gut erhaltener, eleganter Kinderwagen zu verkaufen Neust. 12, S. 3 Dr.

Roeder & Drabandt
Jeder-Sandlung
Magdeburg, Himmelreichstraße 618
und Jakobsstraße 25
erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

A. Friedländers
Waren- und Möbel-Kredit-Haus
Breiteweg 113
zwischen Brauhaus- und Büschkestraße
liefern Waren jeder Art
auf Teilzahlung
von 1 Mark pro Woche an.
Bestestee Geschäft dieser Art am Platze.
Etabliert seit 1872. 413

Garantie für größte Haltbarkeit.



Reform-Matratzen

aus verstärkten, doppelten Stahlblech-Spiralen sind die gefundesten, reinlichsten Bettensätze, passen für jede Bettstelle.

Kein Ungeziefer! Kein Staub! Keine Reparaturen!

Man gebe innere Länge und Breite der Bettstelle an.

E. Wölfer, Drahtwarenfabrik, Lüneburgerstr. 2.

Achtung! Sattler u. Tapezierer. Achtung!

Am Sonnabend, den 24. d. Mis., abends 8 Uhr
Öffentliche Versammlung

im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.
Das Referat hat Kollege Sassenbach-Verein übernommen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Neustadt.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, den 24. Februar 1900, bei Franke, Offenbergrasse 13.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: C. G. Orlik. 2. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 3. Verschiedenes.
Der Wahl des Delegierten halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Die Versammlung wird 8 1/2 Uhr eröffnet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Turn-Verein „Jahn“ Sudenburg.

Sonnabend, den 24. Februar 1900, in der Zerbster Bierhalle
Grosser humoristischer Abend

unter gütiger Mitwirkung der
Volkshumoristen-Gesellschaft Strzelewicz-Berlin
Vollständig neues Programm
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Neu! Die Chinesentruppe am Barren. Neu!
Nachdem: Tanzkränzchen.
Eingeführte Gäste haben Zutritt.
Anfang 8 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Buckau.

Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr

Großes humoristisches Konzert

im Luisenpark, Spielgartenstr. 1c

unter gütiger Mitwirkung der
Volkshumoristischen Gesellschaft „Strzelewicz“, Berlin
Gäste können nur durch Mitglieder eingeführt werden.
Der Vorstand.

Gänse! Gänsefleisch zerlegt! Die Kinder strengen Gänseklein!

Gänsefleisch zerlegt! Die Kinder strengen Gänseklein!
Gänsefleisch zerlegt! Die Kinder strengen Gänseklein!
Gänsefleisch zerlegt! Die Kinder strengen Gänseklein!

40 Sofas und Diwans

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald
Ulrichstraße 14
377 I. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Gesellschafts-Salon Weißer Hirsch.

Da ich meinen Saal nächsten Sonntag, den 25. d. Mis., zu einer Festlichkeit an den Musik-Vereinigen-Verein übergeben habe, mache ich hiermit bekannt, daß der öffentliche Tanz ausfällt.

Gleichzeitig empfehle ich den geehrten Vereinen meinen großen Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen, auch des Sonntags.
Hochachtungsvoll
P. Möbus.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbüreau

Öffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3 1/2—7 1/2 Uhr.

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluß 1409.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:
Schuhmacher, Schneider, Tischler, Buchbinder, Stiefmacher, Cigarrenmacherinnen, Dienstmädchen, Barbier, Schmiede auf Beschlag und 1 Lehrling zu Ostern als Schmeier auf Beschlag und Wagenbau.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5
Fernsprech-Anschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche " 10—1 " " " 4—7 " "

Gesucht werden:
Männliche Abteilung:
Hausburgen, Buchbinder, Schriftsetzer, 1 junger Schmied, Ader- und Futterknechte, Kolporteurs und viele Beschäftigte zu sofort und Ostern.
Weibliche Abteilung:
Stellungsuchende Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten aller Art.

Stellung suchen:

Männliche Abteilung:
Viele Arbeiter, Burschen, Kutscher, Boten, Heizer, Maschinisten und Handwerker aller Art.
Weibliche Abteilung:
Geschäfts-, Dienst- und Wirtschaftspersonal aller Art.

Musiklehrling. 195
Für Ostern unter günstigen Bedingungen sowie vorzüglicher Ausbildung gesucht
Gustav Brüggemann, Musikdirektor
Sudenburg, Helmstedterstr. 24.
Vom 1. April i. eig. Hause Kugelweg 56.
NB. Zu verk. wegg. einfügig. tiefe Stimmung.
Es. C u. B. - Klarinetten und Blodenspiel (H. St.) D. Dk.

Propper Junge od. j. Mädch.
zum Blumenverkauft gesucht gegen guten Lohn.
Blumenstraße, Kaiserstraße 20.

Suche für meine gutgehende Bäckerei 2 Lehrlinge zu Ostern unter sehr günstigen Bedingungen.
Ernst Pflugmacher,
Salzte, Schönebiederstraße 10. 189

Ein j. Mädchen od. Frau wird zur Aufwartung ges.
Kurfürstenstr. 32, Reisekonf.
Einen Tischlerlehrling 183
Arnold, Haselochsberg 19.

Breiteweg 89/90
kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:
Außbaum und Birken
echte, halbechte und imitierte
Möbel
ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete
Polsterwaren
bei 268
Georg Mook
Breiteweg 89/90.

Wem seine Pflanzen lieb sind, dünge nur mit Hallwaver's Pflanzendünger.



Es ist reinlich, feinschmeckend, konzentriert, tierischer Dünger.

Mit obiger Schutzmarke versehen, sechs Pakete für 15 s, 25 s, 40 s und 60 s in Drogen-, Material-, Blumen- und Samenhandlungen.

Wem seine Pflanzen lieb sind, dünge nur mit Hallwaver's Pflanzendünger.

Es ist reinlich, feinschmeckend, konzentriert, tierischer Dünger.

Mit obiger Schutzmarke versehen, sechs Pakete für 15 s, 25 s, 40 s und 60 s in Drogen-, Material-, Blumen- und Samenhandlungen.

Frödl. Logis Knauffstraße 63
vorn, 1 Tr. 1.
Herr sucht leer's Zimmer in Sudenburg. Offert. unt. E. 191. [19]

Schreibzeuge
elegante praktische Muster in verschiedenen Preislagen zu haben stets in der
Buchhandlung Volksstimme
Jakobsstraße 19.
— Sonntags geschlossen. —

Büffe und Fatterschweine zu verkaufen
Wolmirstedterstraße 8/9 179

Küchenzettel des Schwestern- und Damenheims, Breitenweg 82, 1 Tr.
Freitag: Erbsuppe, Goulasch, Kartoffelbrei
Sonnabend: Brühuppe mit Reis, Hühnerfleisch, Bechamelkartoffeln.

Küchenzettel der Magdeburger Volkstischen
Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.
Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch.
Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Große und Kinder-Volkstischenmarken sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstüßung für Notleidende von 12—2 Uhr in den Volkstischen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61 zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Filiale Magdeburg.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag nachmittag starb nach langjährigem schweren Leiden an der Proletariatskrankheit unser Mitglied, der Dreher
Robert Schmidt.
Er war seit Jahren ein treues Mitglied des Verbandes. Gegen seine Kollegen that er keine Schuldbigkeit.
Die Verwaltung.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause Hebestraße 27 aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Obige.

Dienstag nachmittag 4 Uhr verchied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und unser guter Vater, der Dreher **Robert Schmidt** im Alter von 35 Jahren
Diesen allen Freunden und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um stille Teilnahme.
Magd.-Neustadt, 21. Febr. 1900
Die trauernden Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 5 Uhr vom Trauerhause Hebestraße 27, aus statt. 192

Walhalla
Neues Riesen-Welt-Programm!
Kleine volkstümliche Preise.

Nach langem schweren Leiden verstarb Mittwoch 4 Uhr mein lieber Mann und unser guter Vater, der Arbeiter **Karl Wellin** im Alter von 29 Jahren. Dies allen Freunden und Verwandten zur Nachricht.
Die Beerdigung findet Sonnabend früh 11 Uhr vom Trauerhause, Neuhaldenslebenstr. 23, aus statt.
458 Frau Wellin nebst Kindern.

Dankagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres geliebten Tochterchens **Frieda** sagen wir allen für die Teilnahme und überreiche Kranzspende unseren innigsten Dank.
196 **Lebrecht Sillmer und Frau.**

Unsern Wortführer am Feiertagstisch Herrn **Fritz Buss** zu sein, heut. Wiedergeliebt ein donnernd. Hoch, daß der kleine Kamerad noch mit das kleine Kieselstein nach dem Weige tanzt. Ach man nich, daß wolle Sie so garrisch. Ach, daß ich nicht so man garrisch. Unsern Freund **E. Häferland** wünschen wir zum Geburtstage — Haare Gottlieb Fleming zum Geburtstage ein Lebehoch! M. L.
Unsern Vater **Friedrich Wilhelm** ein donnerndes Lebehoch! Frau und Kinder.
E. Habe zu ihrem 8. Geburtstage ein donnerndes Lebehoch! L. S.
Unsern u. Frau **Schwartzkop** 3. Geburtstage ein donnerndes Lebehoch! F. und S. S.
Unsern Bruder **Sto Kride** 3. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche! M.
Uns. Kollegen **Frise Merl** zum Geburtstage ein donn. Lebehoch. Schlotz, Junge-Werte.
Unsern Bruder **G. Reipich** zum Geburtstage ein donnerndes Lebeh. Junge-Werte.
Fraulein **Dora Wegmann** die besten Glückwünsche zum Geburtstage.

Cirrus-Theater.
Heute Freitag:
Gr. Humoristen-Abend.
Auftreten der 4 Humoristen
Hochgemuth, Mosemann, Merkel, Eggert.
Außerdem
einmalige Aufführung:
Die Jagd nach dem Glück
Philippus — Hugo Hochgemuth.
Die weibliche Kavallerie
mit ihrem Kommandeur
zu Pferde.
9 9 9 9 Damen 9 9 9 9
Bogdani-Ensemble
als Straßensänger
u. w. u. w.
Morgen Sonnabend:
Magdeburg
wie es baut und fracht.

Stadt-Theater.
Freitag, den 23. Februar 1900:
Mignon.
Oper in 4 Akten von Ambroise Thomas

Wilhelm-Theater.
Freitag, den 23. Februar 1900.
Wie man Männer feiert.

Die beste Damenkapelle
spielt im
Walhalla-Theater
Parterre-Säle.
Kein Sammeln. 133
Kein Programmzwang.
Freier Eintritt.

Walhalla
Neues Riesen-Welt-Programm!
Kleine volkstümliche Preise.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 45.

Magdeburg, Freitag, den 23. Februar 1900.

II. Jahrgang.

Das bürgerliche Gesetzbuch.

IV. Verjährung.

Die nächste Frage ist nun die: Wann beginnt die Verjährung?

§ 198 des B. G. B. giebt die Antwort: Die Verjährung beginnt mit der Entstehung des Anspruches. Von da an wird also die für jeden einzelnen Anspruch gesetzlich festgesetzte Verjährungszeit gerechnet.

Ein Anspruch ist dann entstanden, wenn seine Erfüllung gefordert werden kann, also der Anspruch auf den Kaufpreis, wenn der Verkäufer die Sache verkauft und übergeben hat; der Anspruch auf Lohn beginnt, sobald der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmte Zeitpunkt der Lohnauszahlung eingetreten ist; eher als mit dem Entstehen des Anspruches kann die Verjährung nicht beginnen, wohl aber später: so ist ausdrücklich im B. G. B. bestimmt, daß die Verjährung, für welche die zwei- und vierjährige Verjährungsfrist bestimmt ist (siehe die im letzten Artikel einzeln angeführten Fälle) erst mit dem Schlusse des Jahres eintritt, in dem der Anspruch entstanden ist.

Es wird zu Gunsten des Gläubigers gleichsam angenommen, daß der Anspruch erst am 31. Dezember entstanden ist. Es wird also nicht von Zeitpunkt auf Zeitpunkt gerechnet, sondern es sollen alle innerhalb des Laufes eines Jahres entstandenen Ansprüche gleich behandelt werden, indem für sie die Verjährung erst am Schlusse des Jahres beginnt, in welchem sie entstanden sind. Das hat seinen Grund in der Thatsache, daß die Entstehungszeit solcher unbedeutenderer Ansprüche, wie die oben angeführten doch meistens sind, gar oft nicht mit absoluter Sicherheit feststellbar ist; zur Sicherheit des Rechtsverkehrs und Abschneidung von Prozessen ist daher jene Bestimmung getroffen worden.

Das B. G. B. ordnet weiter die Verhältnisse der Hemmung der Verjährung. Die Hemmung der Verjährung kann einmal bewirken, daß deren Beginn hinaus geschoben wird, die gleichen Umstände, welche dieses Hinausschieben bewirken, können aber auch eintreten, nachdem die Verjährung schon begonnen hat. Während dieser Zeit „ruht“ die Verjährung; sie hat keine rechtliche Wirksamkeit; sie ist gehemmt; die Zeit, während welcher die Verjährung gehemmt ist, wird bei der Berechnung der Verjährungsfrist nicht mit gezählt. Beispiele machen die Sache klarer. Schuhmacher Meier leiht dem Dienstmann 100 Mark mit dem Beifügen, daß Wurm ihm die 100 Mark erst in einem Monat zurück zahlen muß.

Hier ist offenbar der Verjährungsbeginn erst möglich mit dem Ablauf des Monats; von da an rechnen sich dann die 30 Jahre.

Oder:

Mentier Meier leiht am 1. Februar 1900 dem Milchmann Vorderhuber 1000 Mark, ohne daß ein Rückzahlungs-termin ausgemacht ist. Nun entsteht in diesem Falle der Anspruch auf Rückzahlung sofort mit der Ausbezahlung des Darlehens; damit beginnt aber auch die 30jährige Verjährungszeit zu laufen.

Nach 4 Monaten fordert nun Meier sein Geld von Vorderhuber zurück; da Vorderhuber nicht zahlen kann, stundet ihm Meier das Geld auf ein halbes Jahr; während dieses halben Jahres ist die Verjährung gehemmt; dieser Zeitraum wird in die Verjährungszeit nicht eingerechnet.

Im vorstehenden Fall berechnet sich also die Verjährungszeit folgendermaßen:

Darlehenshingabe 1. Februar 1900, Hemmung der Verjährung 1. Juni 1900 bis 1. Dezember 1900. Die Verjährung des Anspruches auf Rückzahlung des Darlehens tritt ein am 1. August 1900, denn die Verjährung beginnt am 1. Februar 1900 und läuft bis 1. Juni 1900 = 4 Monate; dann ist sie 6 Monate gehemmt, also bis 1. Dezember 1900; folglich ist 1 Jahr Verjährungszeit für diesen Anspruch verstrichen, nachdem $12 - 4 = 8$ weitere Monate nach dem 1. Dezember 1900 verstrichen sind, das ist am 1. August 1901; das ist also das erste Jahr; dazu kommen noch 29 Jahre, also ist der Anspruch verjährt am 1. August 1930.

Besondere Bestimmungen, deren detaillierte Darstellung nicht im Rahmen dieser Aufgabe möglich ist, bestehen für geschäftsunfähige und in der Geschäftsfähigkeit beschränkte Personen ohne gesetzlichen Vertreter, sowie für Ansprüche, die zu einem Nachlasse gehören oder sich gegen einen solchen richten.

Kraft ausdrücklicher Vorschrift ist die Verjährung von Ansprüchen zwischen Ehegatten für die Dauer der Ehe, von Ansprüchen zwischen Eltern und Kindern für die Zeit der Minderjährigkeit der Kinder, von Ansprüchen zwischen Vormund und Mündel für die Dauer der Vormundschaft gehemmt.

Der Grund dieser Vorschrift ist in dem gegenseitigen Bistandsverhältnisse zu suchen, das den Zwang zur Klagestellung verbietet, was doch sonst leicht zur Behinderung des Eintretens der Verjährung notwendig werden könnte.

Verschieden von der „Hemmung“ der Verjährung ist deren „Unterbrechung“.

Die Unterbrechung bewirkt, daß die bis zum Eintritt des unterbrechenden Umstandes abgelaufene Zeit einer bereits begonnenen Verjährung nicht in Betracht kommt und eine neue Verjährung erst nach Beendigung der Unterbrechung beginnen kann. (Mojenthal S. 85) z. B. Mentier Meier leiht dem Milchmann Vorderhuber 1000 Mark am 1. Januar 1900. Die Verjährung des Anspruches auf Rückzahlung beginnt sofort und ist vollendet am 31. Dezember 1929.

Wenn nun aber Vorderhuber seine Zinsen regelmäßig an Meier bezahlt, so beginnt mit jeder einzelnen Zinszahlung kraft positiver Vorschrift die 30jährige Verjährung neu zu laufen.

Der Zinszahlung steht gleich jede Abschlagszahlung am Hauptbetrage, jede Anerkennung der Schuld durch den Schuldner, jede Sicherheitsleistung.

Die begonnene Verjährung wird ferner mit der Wirkung, daß eine neue Verjährung beginnt, unterbrochen durch Erhebung einer Klage durch den Gläubiger gegen den Schuldner; der Klageerhebung kommt gleich die Zustellung eines Haftbefehls, die Anmeldung des Anspruches im Konkurs, die Aufrechnung im Prozeß u. a. m.

So lange die Unterbrechung der Verjährung dauert, beginnt keine neue Verjährung zu laufen; diese beginnt erst wieder zu laufen, wenn die Unterbrechung beendet ist.

So dauert z. B. die Unterbrechung infolge der Klageerhebung bis zur endgültigen Erledigung des Prozesses; die Unterbrechung der Verjährung durch Anmeldung im Konkurs dauert bis zur Erledigung des Konkurses. Die bis zum Eintritte des unterbrechenden Umstandes verstrichene Zeit wird in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet.

Eine besondere Vorschrift enthält ferner § 218, z. B.: Die Forderung eines Gastwirts für gewerbsmäßig seinen Gästen verabreichte Speisen und Getränke verjährt in zwei Jahren, gerechnet vom Schlusse desjenigen Jahres, in dem die Forderung entstanden ist.

Ist nun diese Forderung ausgeklagt und rechtskräftig festgestellt, so würde nach dem unmittelbar vorangehenden Jahre die Verjährung durch die Klagestellung unterbrochen; es beginnt also nach Beendigung der Unterbrechung, also nach rechtskräftiger Feststellung jenes Anspruches durch das richterliche Urteil eine neue Verjährung; diese dauert aber immer 30 Jahre, auch wenn der Anspruch an sich einer kürzeren Verjährung unterliegt.

Dies gilt aber nicht, wenn es sich um regelmäßig wiederkehrende, erst künftig fällig werdende Leistungen handelt. Z. B. ein außerehelicher Stiefvater wird auf Bezahlung der Alimenter verklagt.

Solch ein Anspruch verjährt in vier Jahren auch dann, wenn die Verjährung durch Klageerhebung unterbrochen und der Anspruch durch rechtskräftiges Urteil festgestellt ist.

Was nun die Wirkung der Verjährung betrifft, ist der Schuldner nach Ablauf der Verjährung berechtigt, die Verteidigung des verjäherten Anspruches zu verweigern.

Hat er aber — ob in Kenntnis oder Unkenntnis der eingetretenen Verjährung, ist gleichgültig — den verjäherten Anspruch befriedigt, so kann er das Geleistete nicht zurückfordern. Mit dem Hauptanspruch verjähren auch die Ansprüche auf Nebenleistungen, wie Zinsen uß.

Es ist durch positive Rechtsvorschrift verboten, daß die Verjährung durch Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner ausgeschlossen oder erschwert wird, das heißt daß die Fristen der Verjährung verlängert werden.

Solche Verträge sind nichtig. Erleichterung durch Verjährung, insbesondere Abkürzung der Fristen ist zulässig.

Wichtige Bestimmungen für die zur Zeit laufenden Verjährungsfristen enthält der Art. 169 des Einführungsgesetzes. (S. 6.)

Darnach finden auf die im Laufe befindlichen Verjährungen die Bestimmungen des B. G. B. Anwendung mit folgender Maßgabe: Ist die Verjährungszeit nach dem B. G. B. kürzer, als nach den bisherigen Gesetzen, so wird die kürzere Frist vom 1. Januar 1900 an berechnet. Läuft aber die bisher bestehende längere Frist früher als die im B. G. B. bestimmte kürzere Frist ab, so ist die Verjährung schon mit dem Ablauf der nach früherem Rechte längeren Frist vollendet.

Z. B. Alimentationsansprüche des außerehelichen Kindes verjähren bisher in fünf Jahren, nach dem B. G. B. schon in 4 Jahren. Beginn nun die Verjährung am 1. Januar 1897, so würden die Ansprüche nach dem 1. Satz des Art. 169 E.-G. am 1. Januar 1904 verjähren, weil nach dem B. G. B. die Verjährungszeit kürzer ist, als nach dem bisherigen Rechte. Da aber, wenn die nach altem Rechte laufende Verjährung fortläuft, der Anspruch schon am 1. Januar 1902 verjährt, also früher, so bleibt dieser Zeitpunkt nach dem 2. Satze des Art. 169 E.-G.

Forderungen der Arbeiter verjähren bisher in 3 Jahren, gerechnet vom Ablauf des letzten Tages des Entstehungsjahres. Nach neuem Rechte verjähren solche Forderungen in 2 Jahren.

Für die am 1. Oktober 1898 entstandene Lohnforderung eines Arbeiters beginnt die Verjährung am 1. Januar 1899 und endigt am 1. Januar 1902 (nach bisherigem Rechte).

Feuilleton.

Der Millionenbauer.

Von Max Dreher.
(10. Fortsetzung.)

III.

Die Köppler waren seit langer Zeit bereits in Schöneberg anässig. Während des dreißigjährigen Krieges wurde der Ort fast ganz verwüdet, so daß von den Häusern und Kossäthen nur etwa vier bis fünf Besitzer übrig blieben; die andern hatte die Kriegsjurie auf Nimmerwiedersehen in die Fremde getrieben oder im eigenen Lande zu Grunde gerichtet. Seit jeher hatte der Segen des Dorfes in der Erde gesteckt, denn der Boden war fett und ertragsreich. Wer im Orte fest saß, der hatte sein gutes Auskommen. Um so schmerzlicher machte sich plötzlich der Mangel an Weizen in den verödeten Höfen und auf den herrenlosen Feldern, deren letzte Pflanze von den bewaffneten Horden zertreten waren.

Um die Saaten wieder reifen zu sehen, zog man Leute aus fremden Dörfern heran. Etwa ein Duzend Bauern kam der Aufforderung nach, und unter ihnen befand sich der Hüfner Stefan Köppler aus Köpenick. Das war Thatsache, nur war es nicht ganz erwiesen, ob die jetzigen Köppler direkt von diesem Stefan abstammten; denn vor Beginn des siebenjährigen Krieges sollte es noch einen Pferdebesitzer gleichen Namens im Dorfe gegeben haben, der bei Leuthen geblieben war und Frau und Kind hinterlassen hatte. Als die Russen zwei Jahre später Schöneberg in Brand steckten, kam die Mutter dabei ums Leben. Der Stammhalter aber, der sich später sein Brot als Tagelöhner verdienen mußte und die Witwe seines Brotgebers, eines kleinen Kossäthen, heiratete, sollte der Großvater des jetzigen Familienoberhauptes gewesen sein. Die Chronik des Dorfes sprach wenigstens dafür. Martin Hans, der jetzige Millionär, wollte nichts davon wissen; wenigstens bestritt er diese Verwandtschaft auf das entschiedenste. Köppler aus Köpenick klinge schon so überzeugend, daß jedermann die Abstammung von dem Hüfner

einsehen müsse, meinte er. Damit wies er jede Beziehung dieser „Seitenlinie“ weit von sich; am meisten aber den „Pferdebesitzer“, dessen Erwähnung er sich energisch verbat. Ja, in seinem Eigendünkel ging er so weit, fest und steif zu behaupten, daß der Name Köppler eng mit der Begründung von Köpenick zusammenhänge, und daß die Köppler damals jedenfalls eine große Rolle gespielt haben müßten. Seitdem er diesen wichtigen Einfall bekommen hatte, suchte er ihn jedermann auf, der sich für seine Familie interessierte. Einmal Tages — es war vor zwanzig Jahren — hatte man ihn aber mit seinem Namensdünkel gehörig heimgeleuchtet, indem ein Bauer die Behauptung aufstellte, Köppler komme eigentlich von „kauter Kopp“ her. Es gab viel Lachen darüber, und seitdem war er vorsichtiger geworden.

Alle diese kleinen unliebsamen Erinnerungen wurden jedoch mit der Zeit verwischt; sie tauchten nur noch in engeren Kreisen auf, bei den eingeborenen und langjährigen Bewohnern Alt-Schönebergs, die über die Verhältnisse von Hinz und Kunz unterrichtet und in jener Zeit aufgewachsen waren, als das Dorf noch losgerissen von Berlin lag und sich seiner stillen landlichen Ruhe erfreuen durfte. Damals war der Goldregen über die Bauern noch nicht hereingebrochen. Er hatte erst seinen Anfang genommen, als die Potsdamer und Anhalter Bahn ihre Eisenwege über die Felder spannte, als der Steinofen unten am Berge sich rohte und debute und nach Westen immer größere Kreise schlug, um ein Riesenterrain nach dem anderen in sein Reich zu ziehen.

Die Gärten an der Landstraße verschwanden, ganze Ackerwirtschaften wurden in Baugrund verwandelt, und auf den luftigen Wiesen, wo einst die Jungen die Papierdrachen lustig im Winde flattern ließ, schossen die Mietkafarnen gleich Pilzen aus der Erde. Allmählich stieg der Koloss auch den Berg hinan, füllte jede Lücke aus, vermenigte „Neu-Schöneberg“ mit dem alten und trug das rauhende Leben der Großstadt auf breiten Strömen in den einstigen unscheinbaren Vorort. Abgeschliffen von dieser lärmenden Welt lag nur noch wie vor der Botanische Garten mit seinen stillen Reizen und den ewigen Geheimnissen der Natur, und sandte an den Sommer-

tagen den Duft der Blumen in das Gewühl der Menschen und über die Dächer.

Es gab eigentlich keine Entfernung mehr zwischen Berlin und Schöneberg. Man bestieg die Pferdebahn oder spazierte von einer Grenze zur anderen, wie man sich aus einer Strafe in die andere begibt. Die Schöneberger fanden sich am schnellsten in die Wandlung der Dinge, denn den größten Nutzen davon hatten sie allein. Das Geld kam ihnen über Nacht in den Schoß geflogen, und so wurden sie plötzlich von einem Spekulationsfieber ergriffen, das sich mit der Schnelligkeit einer Epidemie über das ganze Dorf verbreitete. Für diese Goldfrankheit waren die Kommissionäre und die Bauunternehmer die einzigen Akerer, welche helfen konnten. Aus den Bauern wurden sehr gewiegte Rechner, die, wenn es auch sonst mit ihren Schulkennntnissen schlecht bestellt war, die Quadratrueten an den Fingern berechneten und so lange mit den Werten multiplizierten, bis sie zu der Ueberzeugung kamen, daß von einem „Himmelfahren“ nicht mehr die Rede sein könne.

Sie stellten den Flügel beiseite, kauften sich Großgrundbesitze, erbauten sich Villen, und ließen eines Tages aus dem Bauer den „Rentier“ entstehen. Trotzdem hing ihnen in der Öffentlichkeit der erstere immer noch an, was aber einigermaßen durch den „Millionär“, den man hinzujugte, gemildert wurde. Die Wallfahrten nach dem alten Kreisgerichtsgebäude in der Zimmerstraße zu Berlin, in dem alle diese Geschäfte zum Abschluß gebracht wurden, hörten nicht auf, und an bestimmten Tagen konnte man die Bauergesährte in einer langen Reihe auf der Straße halten sehen.

Es dauerte nicht lange, so befand sich fast das ganze sogenannte Unterland diesseits des Dorfes in festen Händen. Zu denen, die umfangende Besitzrechte an diesen Wiesen und Aekern gehabt, hatte auch Köpplers Vater gehört, der gerade zur richtigen Zeit gestorben war, um seinem einzigen Sohne eine halbe Million Thaler und die Ausnutzung des übrigen Grundeigentums zu hinterlassen. Diese halbe Million stammte aus dem Verkaufe eines Landstrichs an die Potsdamer Eisen-

(Fortsetzung folgt.)

Nach dem oben ausgeführten würde also, wenn der erste Satz des Art. 189 C. G. ohne Ausnahme zur Anwendung käme, am 1. Januar 1902 verfahren; es findet in diesem Falle das neue Recht Anwendung, ohne daß hier tatsächlich ein Unterschied zwischen dem alten und neuen Recht statthat.

Eine Zinsenforderung ist am 1. Oktober 1899 fällig; sie würde verfahren nach dem alten Recht am 1. Oktober 1902. Nach dem ersten Satz des Art. 189 C. G. kommt hier das B. G. B. in Anwendung, weil es für Hinsichtstände eine vierjährige Verjährungszeit festsetzt. Die Forderung verfährt daher am 1. Januar 1904. —

Zur Wahlbewegung im Wahlkreise Calbe-Mischerleben.

Demuzianten vor!

Das neutrale Wahlkomitee der nationalen Mittelparteien veröffentlicht in den Kreisblättern folgenden Aufruf: „Wir erklaren sämtliche Mitglieder der nationalen Mittelparteien, alle ihnen bekannt werdenden Drohungen, Verurteilungen, Erklärungen etc., die von irgend welchem Sozialdemokraten an einen Wähler ergaen, sofort einem der Vertrauensmänner, welche den Wahlaufruf unterzeichnet haben, mitzuteilen. Wir werden es bei dieser Wahl nicht wieder stillschweigend geschehen lassen, daß Milchbändler, Konfektebäcker, Fleischer und sonstige Gewerbetreibende oder Arbeiter, durch niedrige Machinationen abgehalten werden, ihrer politischen Ueberzeugung zu folgen. Wir werden die Feinde der Sozialdemokratie nicht nur gegen diese zu schützen wissen, sondern ihnen auch volle Genugthuung nach jeder Richtung hin verschaffen.“

Die Reichstreuen wollen also zum 26. Februar eine Demuziantentruppe organisieren, damit sie nach erfolgtem Durchfall ihre Wut und Enttäuschung an ein paar armen Teufeln auslassen können, denen durch die Gerichte Schereien infolge einer Demuziation erwachsen. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß von seiten der Sozialdemokratie ein Zwang auf ihre Wähler ausgeübt werde. Das ist einfach unmöglich, weil doch die geheime Wahl besteht und unsere Partei nicht über die Mittel verfügt, welche die „Reichstreuen“ anwenden, um das Wahlergebnis zu beeinflussen und die „freie“ Wahl zu korrigieren. Man muß sich nur vergegenwärtigen, mit welchen Mitteln seitens der Nationalliberalen im Jahre 1898 gearbeitet wurde und die ganze Niedertracht und Heuchelei der reichstreuen Mittelparteien wird offenbar. Mit Hochdruck wurde vor zwei Jahren gearbeitet, um die Wahl des Genossen Schmidt zu hintertreiben. In Thale wurden zum Beispiel am Sonntag 8 verschiedene Sorten von Stimmgzetteln ausgegeben, die in allen Farbennuancen schillerten, bloß nicht weiß waren und einmal die Größe eines Quartblattes besaßen, das anderemal nicht viel größer als eine Visitenkarte waren. Auf diese Weise suchte man die Arbeiter des Hüttenwerkes in Thale einzuschüchtern und ihnen die Abgabe anderer, als nationalliberaler Stimmgzetteln unmöglich zu machen. Wie in Thale, so wurde in anderen Orten gearbeitet. Ueberall bemühten die nationalliberalen Direktoren, Fabrikbesitzer u. s. w. ihre ökonomische Macht, um in der skrupellosesten Weise die Arbeiter bei der Wahl zu beeinflussen. Und dieselbe Gesellschaft, die früher so handelte und sich nunmehr ansieht, einen urch ärareren Terrorismus auszuüben, hat die Etirn den vorstehend wiedergegebenen Aufruf zu veröffentlichen. Das ist der Gipfelpunkt der Heuchelei und Unversichlichkeit. Unsere Parteigenossen aber, die zur Aufsichtigung der Wahl berufen sind, machen wir schon heute darauf aufmerksam, daß sie allenthalben den Reichstreuen scharf auf die Finger sehen müssen. **Un Wahlbeeinflussung wird geleistet werden, was geleistet werden kann.** Laßt sich nur niemand verblüffen. Hochend auf ihr gutes Recht werden sie in

ruhiger, aber entschiedener Weise den Herren das Angehörige ihres Benehmens klar machen und um Abstellung der ungesetzlichen Beeinflussungen ersuchen. Namentlich die Ausweisung der Kontrolleure aus den Wahllokalen wird man wahrscheinlich öfter versuchen. Wir haben erst in Nr. 43 der Volkstimme die Frage beantwortet, was unter „Öffentlichkeit“ der Wahl zu verstehen ist. Laßt sich niemand sein gutes Recht einschränken, hütet sich aber jeder vor unbedachten Äußerungen. Die Demuzianten werden werden, wie der Aufruf zeigt, organisiert und was man von den Machern der Kandidatur Blatte erwarten kann, das lehrt ja das Beispiel, welches Herr Placke, der Kandidatskläger, selbst gegeben hat. —

Herr Placke, das Opfertier.

Herr Placke hielt vor einigen Tagen in Thale eine Versammlung ab, in welcher er gütigst erlaubte, Fragen an ihn zu richten. Wir geben das Frage- und Antwortspiel nach dem Wochenblatt für Thale wieder, weil es einmal heutzutage, wie „talentvoll“ derselbe Herr Placke ist, der sich selbst in bestimmter Weise — oder war es wirklich Selbstkenntnis — als „talentvoller Politiker“ bezeichneter, andererseits aber auch zeigt, welche Stimmung in den Reihen der „Reichstreuen“ herrscht. „Auf eine Frage, wie sich Herr Placke die Ausbringung der Kosten für die verstärkte Platte dachte, erwiderte dieser, daß er in seinem Vortrage diese Frage bereits eingehend erörtert habe. Sodann gab Herr Carl Reichel eine jährliche Anfrage ab, welche sich auf die Stellungnahme des Herrn über die Erhaltung des kleinen Mittelhandes bezog. Herr Placke erwiderte darauf, daß schon Herr Finanzminister Miquel seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt sei. Er glaubt, daß durch die Kommunen da viel getan werden könne, daß aber auch beispielsweise Konsumvereine mit größeren Lasten herangezogen werden müßten; ohne dieselben allerdings zu gefährden. Herr Appel stellte dann noch die Frage, wie es mit den Verprechungen wäre, die der Redner den drei Ständen gemacht habe. Hierauf erwiderte Herr Placke, daß er niemand etwas versprochen, ihm auch niemand ein Versprechen abgenommen habe. Er stehe auf dem Standpunkte, den mittleren Weg einzuschlagen, weder zu weit nach rechts, noch nach links zu gehen. Hierauf stante Herr Hauptmann Friesland seinen Dank Herrn Placke ab und forderte die Anwesenden auf, ein Hoch auf Herrn Placke auszubringen. Dreimal erscholl der Hochruf und zeugte davon, daß Herr Placke doch eine große Zahl Anhänger hatte. Mit warmen Worten dankte Herr Placke und deutete noch einmal kurz an, daß er das Opfertier sei, denn einer müßte es ja doch sein, er stehe auf dem Standpunkte der Allgemeinheit; doch in unermöglicher Treue zu unserem deutschen Vaterlande, und alle Anwesenden mögen mit einstimmen in ein Hoch auf unser deutsches Vaterland.“

Das klingt sehr resigniert. Interessant und ganz in das reaktionäre Programm des Majors der Landwehr passend ist auch die Stellungnahme des Mannes, der niemand ein Versprechen giebt, gegenüber den Konsumvereinen. Die Arbeiter werden sich diese merken und dem Opfertier ein feilich-fröhliches Schlachtfest am 26. Februar bereiten. —

Eine panige Rede.

Ueber eine Versammlung in Staßfurt lesen wir im Schönebecker Tageblatt:

Darauf nahm Herr Pätzig, Generalsekretär der nationalliberalen Partei, das Wort, um die besonderen Zustände und Verhältnisse im jetzigen Wahlkampf und die Grundlosigkeit der Sozialdemokratie zu beleuchten. Die schwere Majestätsbeleidigung, die von der Sozialdemokratie nicht geleugnet und auch nicht entschuldigt werde, sei zweifellos ein sozialdemokratisches Produkt, selbst wenn Albert Schmidt nicht so sehr schuld daran sein sollte, wie die Sozialdemokraten es hinstellen, und diejenigen, welche dem Majestätsbeleidiger ihre Stimme geben würden, machten sich selbst der Majestätsbeleidigung schuldig. Die bekanntesten Grundzüge der Sozialdemokratie, wie z. B. das eherne Schlagzeug, die Verelendung der Massen, Gleichberechtigung der Frauen, seien von hervorragenden

Sozialdemokraten selbst verlassen worden. Deringend empfohlen wurde die Lektüre des sehr lesenswerten Buches von Bornheim. Dabei selbst habe gemeint, man könne wohl mit der Sozialdemokratie das Beste nicht machen, aber die Zugehörigkeit, ein neues Staatsgebilde zu schaffen und zu ergaen, würde ihr durchaus fehlen. Zu Wichtigkeit könne der Arbeiterstand nur auf dem Boden der bestehenden Ordnung in dem machtvollen deutschen Reich, um dessen Einrichtungen wir von allen Völkern beneidet werden, gehalten werden. Lebhaft bedauerte er, daß die Arbeiterklasse sich von den Agitatoren einen solchen Ratsum bieten lasse wie er in jahrhundertlangem sozialdemokratischen Quaßbüchern vertrat werde. Andererseits sprach er seine Freude aus, daß diesmal die Parteien von den Kommunisten bis zu den Freisinnigen einig seien, dem Kandidaten Placke ihre Stimme zu geben, der ganz gewiß kein Idealist sei, sondern zweifellos ein ergebnis, arbeitsreicher liberaler Mann sei. Deshalb wüßte am 26. Februar ein glänzender Sieg ihm zufallen. Die vorstehende Rede wurde durch reichenden Beifall bejubelt. Zu einer Anfrage an die Redner meldete sich niemand, wohl aber ergaß Pappe Abgebricht-Stanfuer das Wort zu einem herrlichen Applaus an den Partronsmann der Wähler. Das Deutsche Reich sei durch das gemeinschaftlich vergossene Blut von hoch und niedrig angeeignet und sei gekostet und nur durch gemeinschaftliche Arbeit und den Frieden der vorhergehenden Stunde könne es erhalten werden. Es sei ein Kadon, das Mandat von Kadobaten einen im Gefaangnis sitzenden zurückgeben zu wollen, jeder verdammte Mann könne nur einem solchen die Stimme geben, der den Wählern auch wirklich im Kadobateg vertreten könne. Nach seinen wunderbar herbeden Worten erregte die Begeisterung der Versammlung ihren Höhepunkt. Die Anwesenden konnten nicht ablassen davon, am Vorabend des Herrn Bürgermeister Neubauer durch Erheben von ihrem Sitz, und nachdem letzterer noch in längerer Anrede die Worte des Kandidaten Placke mit Seitenblicken auf seinen Gegentandiaten Schmidt beleuchtet hatte, schloß mit einem begeisterten Augenwinkeln Hoch auf Placke die Versammlung.

Herr Pätzig macht seinem Namen alle Ehre, sonst würde er es nicht fertig gebracht haben, zu behaupten, wer den Majestätsbeleidiger wählt, mache sich selbst einer Majestätsbeleidigung schuldig. Anzuerkennen ist die Freundschaft mit den Konservativen darin einzig sind, Herrn Placke zu wählen, wird man ja wohl am Wahltag sehen. Daß die letzteren das thun, ist selbstverständlich, denn Herr Placke ist Fleisch von ihrem Fleisch, aber die Freundschaften werden sich doch wohl noch etwas bestimmen, ehe sie den „liberalen“ Major der Landwehr wählen. Denn wie es mit diesen Liberalen verfahren ist, weiß man doch zur Genüge. Schon die eine Thatsache, daß Placke die Mitweltliche „Politik der Sammlung“ unterstützt, muß ihm für einen wirklich liberalen Mann unmöglich machen. Welch sonderbare Logiker die „Reichstreuen“ sind, zeigte auch wieder einmal der Herr Pastor Abgebricht. Daß man, weil der Vertreter der völkischen Freundschaften im Gefaangnis sitzt, den reaktionären Kandidaten wählen muß, ist wirklich geradezu köstlich. Ueberboten konnte diese Rede nur werden durch die Rede des Herrn Reinhardt, dessen Name bei den Arbeitern in einem solchen Klange steht, daß sie sofort wissen, wie eine Sache zu bewerten ist, welcher Herr Reinhardt seine Unterstützung leiht. Uns dünkt, Herr Placke hat alle Ursache zu dem Stoßgebet: Herr schütze mich vor meinen Freunden. —

Der Sport des Herrn Placke.

In seiner Rede in Schönebeck hatte Herr Placke in Bezug auf den Majestätsbeleidigungsparagrafen ausgeführt, dieser sei nicht eine Art „Sport“, um die Leute ins Gefaangnis zu bringen, sondern notwendig, um den Monarchen vor frivolen Beschimpfungen zu schützen. Der Ausdruck „Sport“ für Majestätsbeleidigungsprozesse ist unangebracht. Daß er aber gerade von Herrn Placke angewandt wurde, ist sehr natürlich. Macht er sich doch einen „Sport“ daraus, politische Gegner vor den Kadi zu zitieren. Bei der Ausübung dieses „Sportes“ macht er sogar noch nicht einmal Halt vor Leuten, die nicht als seine politischen Gegner betrachtet werden können; arme Maurer, sogar arme Frauen sind dem „Sport“ des Herrn Placke zum Opfer gefallen und mußten ins Gefaangnis wandern zur höheren Ehre des Majors der Landwehr. Wenn man sich das vergegenwärtigt, dann wird man wohl wissen, wer der Vater des Demuziantenauftrufs ist, den wir in dieser Nummer unseres Blattes wiedergeben. Herr Placke sucht neue Opfer, um seinem „Sport“ höhnen zu können. Das ist für ihn ein

Kleines Feuilleton.

Zur Gutenbergsfeier in Mainz. Herr Oberbürgermeister Dr. Gähler hat einen Bericht verfaßt, in welchem er bekannt gibt, was bisher betrefis der Gutenbergsfeier geschehen. Das Programm der allgemeinen Feilschlichkeiten ist wie folgt festgesetzt: 23 Juni Abends: Konzert der Liedertafel. Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, in der Stadthalle: Madonnenfest, eingeleitet durch Begrüßungsworte des Oberbürgermeisters an die Königliche, folgt die Feier an einer Cantate des Herrn Dr. Beckh. Dirigenten der Männer Liedertafel und des Damenchorvereins. Das Festspiel wird vorgelesen durch die genannten Vereine unter Vermittlung langgestandener Damen und Herren der Stadt. Es folgt der Rede, gehalten von Herrn Albert Koster, ordentlichem Professor der deutschen Literaturgeschichte an der Universität Leipzig, der jüngst durch seine hochbedeutende Goethereden in Leipzig beachtetes Ansehen erregt hat. Den Schluß der Feier in der Halle bildet der von der mächtigen Sängerchor vorgetragene majestätische Ober: „Die Himmel der Höhe Gottes“ aus Hanses herrlicher „Schöpfung“. Die Teilnehmer am Festakt begeben sich darauf in geschloffenen Zug an das Gutenberg-Festmal. Nachmittags: Festessen. Abends: Kommerz und Illumination der Stadt. 25 Juni Morgens: Feiern. Abends: Fest in der Anlage und 26. Juni: Rheinfahrt. Für den Zug, dessen Grundgedanke die Fuldigung Gutenbergs bildet, hat Conrad Sutter nachstehendes Programm entwickelt: Er beginnt mit des Erfinders Zerkennissen und bringt die hervorragenden kulturellen und innigsteidlichlichen Momente, deren Entwicklung auf die Entstehung der Buchdruckerkunst zurückzuführen ist. Von selbst ergeben sich daraus folgende große Abschnitte: Zeit Gutenbergs. — Die Zeit der Meißnerkunst und der ersten Druckwerke. — Die ersten Zeitungen, die Post, die Zeit Albrecht Dürers. — Die Architektur und Wissenschaft. — Der Große Kurfürst und der Kaiser Friedrich II. — Die Weimarer Zeit. — Leipzig und der Buchhandel. — Die Fuldigung der modernen Kulturstaaten. — Die Fuldigung Deutschlands. Die Jänner der Meißner, Drucker, leiten den Zug ein, sie schicken ihn auf die Ordnung aus ihrer Mitte werden in großer Anzahl erwarret. Dieses im Allgemeinen die Grundzüge des Zugs im Einzelnen. Das Programm selbst in seinen einzelnen Nummern freilich unverschiedener und folgerichtig im wesentlichen Aufbau zu einem einheitlichen Ganzen sich emporhebend, ist in seiner künstlerischen Gestalt festgelegt, ebenso sind die ergänzenden Zeichnungen und Bilder der Fertigstellung nahe. Das gedruckte Programm mit seinen kolorierten Erläuterungen wird die Grundlage für die Beratungen bilden, die demnächst in den Versammlungen stattfinden werden. —

Die Spionin. Man schreibt der Frankfurter Zeitung aus Sydney vom 9. Januar: Die Bienen werden gut daran thun, sich vorzusehen, denn in Melbourne hat sich jetzt sogar eine Dame erhoben, sich als weiblicher Zorn unter die „Nebeln“ zu mischen. Die Dame, eine Mrs. Frazer, hat bereits eine praktische Probe ihrer Treusicherheit abgelegt, insofern nämlich, als sie vor einigen Wochen ihrem Ehemann eine Kugel in den Kopf setzte. Die infolge dieser ehebrüchlichen Ansehensverletzung momentan nicht das, was in der englischen Strafrechtswissenschaft mit den Worten „fres agent“ bezeichnet wird, d. h. sie ist die in ihrer Aburteilung gegen Stellung von zwei Jägern vorläufig auf ihrem Kofe belassen worden. Es hat dieser Umstand den Herrn Richter, daß Mrs. Frazer nicht so ohne Weiteres nach Prätorien reisen und dort dem guten Intal Paul den Kopf verdrücken kann. Man sind zwar die beiden Jägern vollständig damit einverstanden, daß die Dame auf ihr, der Jägern, Mißtrauen hin gen Südafrika abdammt, um nach der Inständigkeit aller militärischen Gesammnisse der Jäger zurückzufahren und sich den Gerichten zu stellen, aber die Regierung hat sich leider nicht zu dem gleichen patriotischen Gesichtspunkt aufschwingen können, sondern die Frepositionen der Spionin in spe abgelehnt. Mrs. Frazer ist daher jetzt entlassen, um so mehr, als sie auch über die für eine so schwierige Mission erforderlicher Kenntnisse verfügt. Wie sie nämlich einem Melbourne Reporter vorzählt hat, das sie einen Verfassung von 17 Zoll und ein Kerker hat diese ihre Mannesbrust recht normal eingezogen. —

Ein Fortschritt im Dampfmaschinenbau. Im „Prometheus“ lesen wir: Eine Dampfmaschine, die bei einer Leistung von 150 PS nur 640 kg wiegt, wurde, wie die Zeitschrift „L'Industrie“ berichtet, kürzlich in den Werkstätten der Firma Bouste u. Lombardi in Auberville fertiggestellt und von einer Kommission von Sachverständigen geprüft. Die Maschine, die ganz aus Stahl und Aluminium gebaut ist, macht bei einer Maximalleistung von 150 PS 600 Umdrehungen in der Minute, während die Maschinen der schnellsten Turbomotoren nur 600 bis 650 Umdrehungen in der Minute vornehmen, so daß die neue Maschine einen bedeutenden Fortschritt im Dampfmaschinenbau darstellt. Wenn man überhaupt bedenkt, daß bei einem Gesamtgewicht des Motors von 600 kg und einer Leistung von 150 PS nicht ganz 4 kg auf die effektive Fließstärke kommen, so er scheint es nicht ausgeschlossen, daß diese Konstruktion bereits auf die Entwicklung der letzten Luftschiffe, sowie der Selbstfahrer mit Dampftrieb von Einfluß sein dürfte. —

Tief in der Erde Schooß?

Tief in der Erde Schooß;
Schlagen wir nicht los?
Herz von der Sonne erquickendem Licht
Ach wie wurdlich lang dauert die Nacht.
Tief in der Erde Schooß;
Gleibt ist unser Loos.

Tief in der Erde Schooß
Kauern wir nicht und bloß,
Schwangen die Haue gebadet in Schweiß,
Wie ist doch die Lust so dumpfig und heiß,
Tief in der Erde Schooß
Drift uns des Todes Stof

Tief in der Erde Schooß
Gebet das Unrecht bloß,
Kriht an des Volkes gelindesten Stamm
Wie an den Stügen des Hauses der Schwamm.
Tief in der Erde Schooß
Zeit sich die Habacht bloß

Tief in der Erde Schooß
Drohnet ein wild Getier:
„Lange waren wir hungernde Knechte!“
Leht uns erneuern die alten Rechte!“
Tief in der Erde Schooß
Drohnet ein wild Getier!

Tief aus der Erde Schooß
Steigt ein Fieser grob
Ueber das Unrecht mit wuchtigem Tritt
Schreiter zumacht sein mächtiger Schritt.
Tief aus des Volkes Schooß
Steigt der Zukunft Loos!“

Robert Seidel.

Weiters.

Kleiner Tritium. Wirt: „Hal's den Herrschaften geschmeckt?“ Gast: „Um, die Milch war köstlich, aber der Wein fabelhaft dünn!“ Wirt: „Nanu, da hat der Lausbub gwisß das ganze Wasser in den Wein 'neingschüttelt!“

Die guten Freuninnen. „Nun, Elfe, was haben Deine Freuninnen zu Deiner Verlobung gesagt?“ „O diese Schlangen! Emmy sagte: Schon wieder? und Käthi: Noch immer?“ —

kleines, linderndes Pflaster auf sein patriotisches Herz, wenn die Wähler des Wahlkreises Galbe-Wichersleben dem sonderbaren Svortsmann einen gelinden Durchfall bereitet haben. Sie werden dieses um so lieber thun, als sie damit nicht nur den Mundreißer flägen treffen, sondern auch den Schutzöllner, Hörigen des Bundes der Landwirte und Schwärmer für Ausnahmegesetze und uferlose Westpolitik. —

Parlamentarische Nachrichten.

Unfallversicherungskommission. In der Sitzung am Dienstag benutzten sich die Vertreter der Regierung sehr eifrig, einige kleine Vorschläge an die Berufsgenossenschaft endlich zu befechtigen. Sie wollten nur die Anzahlungen der Berufsgenossenschaften an die Versicherung von der Post unentgeltlich leisten lassen, nicht aber die anderen Anzahlungen, wie z. B. die an Klaffen, Gemeinden und Armen-Vereine. Ferner wollten sie die Postanstalten von der Verpflichtung befreien, die für die Anzahlung der Renten erforderlichen Summen auszulagern, die sie erst mehrere Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres von den Berufsgenossenschaften zurückhalten. Die auf diese Weise den Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen Summen beliefen sich im letzten Jahre auf 23 Millionen und muß im Laufe der Jahre noch bedeutend mehr werden. Die Regierungsdirektoren schilderten eingehend die augenblicklichen, zu dem in das jetzige System geführt habe. Die Aussenverwaltung der Reichsbehörden sei so kompliziert geworden, daß Abhilfe geschaffen werden müsse. Die Berufsgenossenschaften könnten jetzt den neuen Vorlauf sehr leicht leisten, da sie auf Grund einer bereits vorgenommenen Aenderung die Beiträge von den versicherten Betrieben ebenfalls mindermehr als einzuziehen berechtigt seien. Abzählen hiervon aber könnten sie die zur Anzahlung der Renten erforderlichen Beträge den Reichsbehörden entnehmen, die bereits weit vor die im Gesetz vorgesehene Höhe angewachsen seien. Die Sozialminister wollten nicht noch darauf hin, daß die den Berufsgenossenschaften durch den Vorlauf der Post ersparten Kosten im Betrage von mehreren Millionen durch indirekte Steuern, also zum größten Teil auf Kosten der armen Leute aufgebracht werden. Trotzdem wurden die Aenderungen der Regierung abgelehnt. Die königlichen Abgeordneten dachten nicht daran, auch nur auf den kleinsten Teil dieser Vorschläge zu verzichten, aber gemühten sie sich nicht. Sobald es sich aber um ihre Selbstverwaltung handelte, wurden sie überaus feindselig. So gegenüber dem Vorlage der Regierung, daß das Reichsversicherungsamt Vorrichtungen für die Rechenungsbücherei erlassen dürfe. Eine solche Vorrichtung würde in der Regierungsbücherei als dringend notwendig erklärt, um orts- und teilweise in einzelnen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu beibringen. Das half aber alles nichts. Die Vertreter der Berufsgenossenschaft, wie sich die Herren in ihrem Eifer selbst wiederholt nannten, erklärten sich entschieden gegen eine solche Bewilligung. So wurde auch dieser Regierungsantrag abgelehnt.

Eine alsbaldige Besetzung der Stelle, die der teilweise Erwerbsfähigkeit von 20 oder weniger Prozent der Entscheidungsberechtigte auf keinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abgeben können kann. Selbst der Staatssekretär des Innern gab zu, daß schwerwiegende Gründe gegen diesen Vorschlag sprechen, daß namentlich der Voranschlag die als Abfindung erhaltene Summe in Folge der nachfolgenden Form und dann der Verrentung aufheben würde. Es ist also nicht ohne weiteres zu erwarten, daß die Sozialdemokraten antworten, daß in der Regel die als Abfindung gezahlte Summe zum Zwecke eines Geschäftes zu nehmen und deshalb in kurzer Zeit verloren sein werde. Sie beantragen, daß die Kapitalabfindung nur bei einer ganz geringfügigen Summe, nämlich bei einer solchen bis zu 10 Prozent herab zu sein dürfe. Durch diese Bestimmung würde zugleich der vom Reichsversicherungsamt bestellten Praxis entgegengetreten sein eine Erwerbsfähigkeitsprüfung bis zu 10 Prozent in gewissen Fällen als keine Erwerbsfähigkeitsprüfung angesehen werden, wie ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, nach dem die Abfindung nur mit Zustimmung der Beteiligten erfolgen dürfe. Der so abgelehnte Paragraf wurde aber schließlich abgelehnt, da das Centrum nur schwach betreten war. Indessen wird die zweite Lesung sicherlich zur Annahme der Kapitalabfindung führen.

Um den Berufsgenossenschaften und den Rentenempfängern eine Entlastung zu verschaffen, wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die bei einer Rente unter 50 Mark pro Jahr vierteljährliche Anzahlung vorzuziehen.

Zu der Entscheidungsberechtigte ein Ausländer, so soll er nach dem Reglemententscheidungsfall seinen Wohnort im Deutschen Reich anzuzeigen, mit dem diesjährigen Betrag der Jahresrente abgezinst werden. Der sozialdemokratische Antrag, die Abfindung auf den fünfjährigen Betrag der Jahresrente zu erhöhen, wurde abgelehnt.

In dem Paragraf, der sich auf die „Übertragung des Anspruchs“ bezieht, wurde entgegen dem entscheidenden Widerspruch der Sozialdemokraten die Rente als vererblich erklärt für ein von dem Unternehmer dem Verunglückten gegebenes Darlehen für geschuldete Beträge, für zu Unrecht gezahlte Entschädigung u. dgl. m. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Soziale Bewegung.

Zum Streik der Berliner Möbelschleifer. Am Dienstag haben 75 Meister die Forderungen bewilligt, so daß insgesamt 145 Meister mit 1500 Arbeitern unter den neuen Bedingungen arbeiten lassen. Unter den Werkstatt, die bewilligt haben, befinden sich einige größere, in denen am Montag die Tischler in den Zustand traten. Die Zahl der Ausschüßigen hat sich dadurch verringert, trotzdem noch 29 Werkstätten am Dienstag in den Zustand getreten sind. Die Zahl der Feiernden beträgt 5650 Mann. Während die Meister, die der Freien Vereinigung nicht angehören, in den meisten Fällen bereit sind, sich mit den Gesellen zu verständigen, lehnten die Mitglieder der Freien Vereinigung Verhandlungen mit ihren Arbeitern ab. In Weißenseel wurden in 14 Werkstätten mit 119 Mann die Forderungen bewilligt. 26 Werkstätten mit 215 Mann stehen im Zustand. —

Die streikenden **Zinshüttenleute** in Lipine sind größtenteils zur Arbeit zurückgeführt. —

Die **Textilarbeiter** Düsseldorf haben den Unternehmern Forderungen überreicht. —

In Weß haben 40 **Schuhmachergesellen** der Firma Legrias wegen Lohnreduktion gekündigt. —

Zur Bergarbeiterbewegung.

Der Streik in **Böhmen** dauert jetzt schon die sechste Woche und noch ist eine Aenderung nach irgend einer Seite nicht zu verzeichnen. Am Montag sind die sehr mäßigen Streikunterstützungen verteilt, trotzdem ist niemand von den Ausschüßigen wandend geworden, der Streik wird mit unerwarteter Ausdauer fortgesetzt und die von den Behörden unternommene Mission, die Arbeiter durch fleißiges Zureden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, verlief bisher erfolglos. —

In **Halle** und Umgegend beträgt die Zahl der Streikenden 1200, jedoch dürfte sich dieselbe durch die in dem hiesigen Revier gefassten Beschlüsse bedeutend vermehren. Vom Streik ergriffen sind bis jetzt die Gruben: „von der Heydt“, „Hermine“ bei Drendorf, „Ibara“, „Niesenschnadt bei Zwißschöna“, „Bruckdorf“, „Nieslebener Bergbauverein“, Grube „Mitzcherben“, „Friedrich Wilhelm“ und „Karl Ernst-Schnadt bei Trotha“. Es haben sich keine Gruben an dem Streik beteiligt, woran man nicht gedacht hatte. Die Bergleute haben hier teils noch mit zwölftägiger Schichtdauer zu kämpfen. Direktor Biervogel vom Bergbauverein hat der Kommission seiner Verleugung erklärt, zehn Prozent Lohnzuschlag könne er durchaus nicht geben. Häufern wolle er 15 Pfennig und Förderleuten 1. Klasse wolle er 10 Pfennig pro Tag bewilligen. Den Uebertages- Arbeitern versprach er nichts. Die Lohnzahlungen wolle er nach Wunsch erfolgen lassen. Die Wasscheinrichtungen hielt er nicht für zweckmäßig, da sie dort, wo sie beständen, teils eingestürzt wären. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit will er erst Ermittlungen anstellen. Die Streikenden gingen darauf nicht ein. —

Zu **Sachsen** arbeiten natürlich die Behörden nach alfabekannter Manier für die Kohlenbarone. In letzter Stunde versuchten die Grubenbesitzer mit Unterstützung des königlichen Bergamts die streikenden Bergleute zur Mädelkehr zur Arbeit zu bewegen, indem sie folgenden Anschlag der Öffentlichkeit übergeben:

Bekanntmachung den Arbeiterausstand betr.
Anschließend besteht in gewissen Bergarbeiterkreisen die Ansicht, es könne eine Arbeitseinstellung dann nicht zu einer auf Grund von § 80a Ziffer 5 und 6 des Allgemeinen Berggesetzes erfolgenden Entlassung des Arbeiters und zu dem hiermit verknüpften Verluste seines Anspruchs auf den rückzahlbaren Teil der Pensionskassenbeiträge führen, wenn die Arbeitseinstellung auf Grund einer vorherigen Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen (wie es oft heißt „auf Grund der Koalitionsfreiheit“) erfolgt. Diese Ansicht ist unzutreffend. Auch die in einem Ausstand eingetretenen Arbeiter sind solche, welche im Sinne von § 80a, Ziffer 5 des Allgemeinen Berggesetzes „ohne Urlaub und ohne triftige Entschuldigungsveranlassung“ und zwar auch dann, wenn sie, wie es jetzt vielfach geschieht, sich zum Streik abmelden. Eine solche „Entschuldigung“ kann im Sinne des Gesetzes als eine „triftige“ nicht angesehen werden. Dies ist auch die Auffassung, welche seither unter Beirrat der Oberbehörden von den Bergschiedsgerichten bei ihren Entscheidungen befolgt worden ist. Freiberg, den 19. Februar 1900.

Königliches Bergamt.

Dr. Kretschmar.

Sollte thatsächlich die in obigen Anschlag niedergelegte Ansicht, daß bei Arbeitseinstellungen auf Grund von § 152 der Gew.-O. trotz alledem § 80a Ziffer V des sächsischen Berggesetzes als zu Recht bestehend erkannt wird, bestätigt werden, dann ist das **reichsgesetzlich gewährleistete Streikrecht für die sächsischen Bergarbeiter aufgehoben.**

Doch kann dem nicht so sein, denn noch sind wir nicht so weit, das Laubesche Reichsgebot illusorisch machen können und daß die Entscheidung hierüber der Willkür der Landesbehörden unterliegt. Hierüber müssen die ordentlichen Gerichte zur Beurteilung angerufen werden, denn es handelt sich in diesem Fall um nicht unerhebliche Vermögensschädigungen. Diese Kundgebung des Bergamts ist freilich dazu angethan, die Streikenden wankelmütig zu machen, und es bedarf der intensivsten Aufklärungsarbeit seitens der führenden Personen, um die Menge von der Verfahrtheit der bergamtlichen Auffassung zu überzeugen. Diese Arbeit ist um so schwieriger, da jede Versammlung verboten ist und sogar die Verbreitung von ankündigenden Flugblättern geahmt wird. —

Die **Antschauptmannschaft** Glauchau ließ allen Gemeinden eine Verfügung zugehen: „Alle **ausländischen** am Ausstand beteiligten Bergarbeiter müssen wenigstens binnen 24 Stunden die Arbeit wieder aufnehmen, im anderen Falle die **Ausweisung unverzüglich erfolgen werde.** Die Wiederannahme der Arbeit haben sich die Verweigernden von den Werken bescheinigen zu lassen und die Bescheinigung bei der Behörde niederzulegen.“ Die unerhörte Maßregel, durch die die Behörde den Bergarbeitern zu Gunsten der Unternehmer in den Rücken fällt, betrifft gegen 1000 Bergarbeiter. 1000 Bergarbeiter haben zu gewärtigen, von Haus und Hof, von Familie und aus Freundeskreisen gejagt, existenzlos gemacht zu werden, wenn sie nicht sofort vor dem Unternehmer zu Krenze kriechen. Das verfügt eine sächsische Behörde! —

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.

Prozeß gegen Charles Keil wegen Brandstiftung.

Wie bereits mitgeteilt, legte sich das Schwurgericht am Dienstag früh zur Lokalbefragung nach Altenweddingen, wo es von Hunderten von Neugierigen erwartet wurde, da sich die Nachricht von der Ankunft wahrscheinlich durch Zungen verbreitet hatte. Es erfolgte die Befragung der ehemaligen Brandstätte, wobei der Angeklagte in Gegenwart des geladenen Sachverständigen verschiedene Auskünfte gab, auch wurden verschiedene Zeugen vernommen.

Heute im Schwurgerichtssaale wurde als erster Zeuge der Konkursverwalter Weisendorf aus Kl.-Wanzleben vernommen. Er wurde am 1. Juli zum Konkursverwalter der Konkursmasse des Keil jun. ernannt und befundet: Als er in Altenweddingen angekommen sei, wären schon zwei Gerichtsboten aus Magdeburg dort gewesen, hätten aber von der Pfändung abgesehen. An Bargeld seien 800 Mark übergeben worden. Die Geschäftsbücher seien ungenügend geführt gewesen, doch sei daraus hervorgegangen, daß ungewöhnlich viel Waren nach Kl.-Wanzleben geschickt seien, es waren binnen kurzer Zeit für 20 000 Mark. Ebenso wenig waren Inventuren vor-

handen. Vom 1. November ab waren in den Büchern fast gar keine anderen Eintragungen mehr, als über die mit seinem Vater gemachten Geschäfte. Im Hauptbuch fand sich ein Polien von 41 500 Mark vorzutragen für Karl Keil sen. in Kredit. Die Aktiva des Geschäfts betrugen 65 000 Mark, die Passiva außer den an Keil sen. geschuldeten 60 000 Mark noch 110 000 Mark. Die Bewertung der Masse hat 70 000 Mark ergeben, die der Grundstücke 20 000 Mark, sodas: etwa 20 bis 40 Prozent herauskommen dürften. Die zwischen dem Angeklagten und seinem Sohne abgeschlossenen Rechtsgeschäfte erschienen dem Zeugen sehr fragwürdig. Verschiedene Zeugen, die Reparaturen und Befestigungen an der Brandstelle vorgenommen haben, wissen nicht anzugeben, wo der Feuerherd gewesen ist.

Der Junge Nachwächter Stridde, der in der Brandnacht um 12 Uhr 10 Minuten den gewohnten Rundgang machte, hörte auf 100 Meter Entfernung, in dem keilschen Grundstück ein Knarzen, welches er sich nicht zu erklären vermochte. Er ging die Front des Hauses entlang und bemerkte im Keller einen hellen Lichtschein (den auch andere Zeugen bemerkt haben). Der gleiche Lichtschein fiel auch durch die Ritzen des großen Thorweges. Pöblich nahm er einen starken Brandgeruch wahr, der auf ein Feuer hindeutete, obwohl er ein solches nicht wahrnehmen konnte, doch hörte er bald aus dem Hause den Ruf „Hilfe! Hilfe!“. Das Grundstück brannte völlig nieder, in der Niederlage aber gelang es den Brand zu löschen.

Nachbarn haben in der Brandnacht bemerkt, daß an dem Dach des Wohnhauses Ziegel fehlten, die vorher jedoch vorhanden waren, und daß durch diese Lücken das Feuer hell herausbrannte.

Der **Genbar** befindet, er habe die Befestigung des keilschen Grundstücks nach dem Brande vorgenommen und giebt an, derselbe scheine an der Stelle des Treppenhanges ausgebrochen zu sein, wo an der Trepperverfestigung des Aufgangs stets alte Kleider gehangen hatten und wo der Tisch stand auf dem die Wirtschaftslampen zurecht gemacht sind. Im Keller hätten sich Brandspuren nur im Vorraum gefunden wo Heringe und dergleichen lagerten. Der eigentliche Keller, wo leicht brennbare Stoffe Spiritus, Petroleum verwahrt wurden, sei unverletzt gewesen, selbst der Apparat durch den das Petroleum in den Laden gepumpt sei.

Dienstmädchen Kirchhoff hat über ein Jahr, bis zum 24. Januar 1899 bei den jungen Keils gedient und sagt aus, der Laden sei für gewöhnlich um 9 Uhr abends geschlossen und dies sei denn auch am dem Sonnabend geschehen, trotzdem noch spät Waren angelommen seien und in den Laden geschafft waren. Es sei wahr, daß alte Kleider im Treppenhause gehangen hätten und zwar in der Nähe des Tisches wo die Lampen geputzt seien. Bei Antritt des Dienstes hätte sie in dem Zimmer geschlafen, das später von dem alten Herrn Keil benützt sei. Die jungen Leute wären damals auch im Wohnhause einquartiert gewesen, nach Ankunft des Angeklagten aber seien sowohl ihr als auch den Kommiss Schlafräume im Nebengebäude hinter der Niederlage angewiesen. In der Brandnacht sei sie davon erwacht, daß Herr Keil „Woigt, Woigt“ gerufen habe. Sie sei aufgejungen und habe dann schon auf dem Hofe den hellen Brandschein gesehen. Als sie heruntergekommene wäre, hätte es erst nur im Treppenhause gebrannt, sodas: niemand in das Wohnhaus mehr hätte treten können, später hätten dann auch der Laden und die Wohnräume gebrannt. Im Treppenhause hätte auch eine Lampe mit Petroleum gebrannt, von dem sie am Abend zuvor die Lampe gefüllt habe. Als sie während des Brandes auf den Hof gekommen sei, habe sie Frau Keil getroffen, die sehr geweint habe und gleich ihr — der Zeugin — nur mangelhaft bekleidet gewesen sei. Die beiden Herren Keil seien sehr aufgeregt, aber vollständig angekleidet gewesen.

Zeuge **Handlungsgehilfe** Woigt ist bei dem keilschen Geschäft zu Altenweddingen während der Brandzeit beschäftigt gewesen, und bekundet, er erinnere sich nicht, daß kurz vor dem Brande besonders viel Waren nach den Filialen geschafft seien. Jedoch habe ihm der junge Keil eines Tages befohlen, er solle per Rad nach den Filialen fahren und den dort Angestellten sagen, demnächst werde der Versicherungsinspektor Redlin zu ihnen kommen, um Erfundigungen einzuziehen. Wenn er fragen sollte, ob auffallend viel Waren und welche vor dem Brande zu ihnen geschafft seien, so möchten sie sagen, sie wüßten das nicht mehr. Den Laden habe zuweilen der junge Herr Keil, meist aber er selber geschlossen und den Schlüssel dann ihm oder seiner Frau übergeben, aber nie dem alten Herrn. Dieser habe sich auch nur wenig um das Geschäft gekümmert. Daß die Fensterflügel in der Ladenstube, sowie die Ladenstür hinter den Jalousien in der Brandnacht offen gestanden haben sollten, könne er sich nicht erklären, die Thür habe er selbst stets geschlossen, die Fenster, soweit er wisse, die Putzmacherin. Die Ladenstürjalousie hätte wohl schlecht geschlossen, ob sie aber gerade an dem fraglichen Abende ganz heruntergegangen wäre oder nicht, das weiß Zeuge nicht mehr.

Die weiter fortgesetzte Beweisaufnahme ist nichts Bemerkenswertes und wurde nachmittags 5^{1/2} Uhr abgebrochen.

Landgericht Magdeburg.

Die verheiratete **Mauerer** Wirth, Anna geb. Schröder, hier, geboren 1872, kaufte am 17. Dezember 1899 im Magazin „Heilbrunn“ für ihren Mann als Weihnachtsgeschenk einen Regenschirm für 2.75 Mark und eine Cigarrenspitze für 45 Pfennig, worüber sie zwei Zettel zwecks Bezahlung an der Kasse erhielt. Hinterher kaufte sie noch ein Paket Zigaretten für 25 Pfennig und bezahlte den darüber lautenden Zettel. Dann schrieb sie die obigen beiden Beträge auf einen angeblich im Laden gefundenen, bereits abgestempelten Zettel, rechnete sie zusammen und ging damit zur Kasse, von der sie die sämtlichen gekauften Waren übergeben verlangte. Der Schwindel wurde aber sofort entdeckt und die Angeklagte festgehalten. Sie war heute geständig und wurde wegen **Schwerer** Urkunde in falscher Bereinigung mit Betrugsverstoß zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Der Banunternehmer Hermann Müller zu Gommern... fällste im September 1899 einen Wechsel über 850 Mark...

Der Prozeß Armin und Genossen in Stettin... ist wegen rechnerischer Irrtümer eines Bücherrevisors auf unbestimmte Zeit vertagt...

Nur immer hübsch „sittlich“. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in letzter Instanz entschieden, daß die Polizei berechtigt war, einer Frau zu verbieten, nachts bei einem Schuhmachermeister zu bleiben...

Vermischte Nachrichten.

Ueber den Kindermord in Guatemala gehen dem Vorwärts aus Madrid ausführliche Nachrichten zu. Aus demselben ist zunächst ersichtlich, daß die Sensationsdepesche des Pariser Petit Journal ein „heimliches Produkt“ war...

Riautschon, das schöne!

Die Sächsische Arbeiterzeitung ist in der Lage, den Brief eines deutschen Soldaten aus Yinnau abdrucken zu können, aus dem es mit erschreckender Deutlichkeit hervor-

geht, was für ein Schicksal der Söhne unseres Volkes in dem chinesischen Plage an der Sonne harret. Der Brief lautet, bis auf einige Fortlassungen, in denen der Schreiber seinem Unmut über die dortigen Zustände einen für unsere Verhältnisse zu kräftigen Ausdruck gegeben hat, wörtlich:

Yinnau, d. 20. Dez. 1899.

Werter Freund!

Es hat mich sehr gefreut ein Lebenszeichen von Dir zu erhalten bist Du doch der einzige von den vielen welche sich meiner noch erinnern. Ich sage Dir meinen besten Dank und werde Deiner immer gedenken. Du glaubst es nicht wie wohl es einem ist und wie erfreut wenn man tausende von Meilen von der Heimat entfernt und es trifft ein Brief ein egal von wem. Ich habe Dir sehr viel zu schreiben jedenfalls interessiert es Dich ein wenig. Erstens ist dieser Sommer sehr ungesund gewesen. Es sind sehr viele Erkrankungen und Todesfälle vorgekommen. Vorherrschende Krankheiten waren und sind es noch 1. Ruhr die ist am schlimmsten. 2. Darmtyphus. 3. Malariafieber. Es sind 1/3 der Besatzung von den hiesigen Truppen im Lazareth gewesen und von Mitte August bis jetzt ist wohl noch keine Woche vergangen wo wir nicht einen oder 2 auch 3 beerdigten in der zweiten Hälfte des Oktober haben wir in einer Woche 8 Soldaten beerdigt sehr erschreckend nicht wahr? Unsere Kompanie ist noch sehr gut weggekommen wir haben nur 1 Feldwebel 2 Gefreiten (Kapitulanten) und 1 Serjanten verloren. Am meisten sind die Artillerie und die erste Kompanie davon getroffen. Man sollte nun doch meinen, wenn so viele Soldaten krank sind und sterben, haben die Anderen weniger Dienst, damit die Gesund bleiben. O weh, weit gefehlt. Ich will Dir nur die Verhältnisse unserer Kompanie schildern in den anderen, mit Ausnahme der 3. war es noch schlimmer. Von unseren Leuten lagen 50-55 im Lazareth, 32 waren im Revier, weil im Lazareth kein Platz mehr war. Da waren zum Exerzieren 12 Unteroffiziere und 17 manchmal auch 20 oder 24 Mann, dann waren es aber schon sehr viel. Nun kannst Du Dir denken, 5 Mann, ein Unteroffizier und der keine Leute kriegte wurde den Jüngeren Unteroffizieren als Stütze beigegeben, und nun ging es los von Morgens 7 Uhr bis 10 Uhr Vormittags Einzelmarsch na gerade wie in der Meerkreuzzeit. Das einer nicht sieht, das findet der andere, und bei einer Tageswärme von 35 bis 42° Neamuir! Du warst Soldat und weißt was man leisten kann. Die Sterbe fielen auch um, wie Fliegen. Jeden Tag wurden zwei, drei ins Lazareth geschafft. Troghem mußten die noch kräftigen, denn gesund war niemand mehr, feste exerzieren, damit, wie der Unteroffizier sich ausdrückte, die Aeris nicht vor Faulheit krank werden. Nachmittags wurde dann entweder ausmarschirt oder wir kriegten Schanuel und Piske in die Hand, und nun ging es los, was haste was kannst, und immer unter Aufsicht von 2-3 Unteroffizieren. Offiziere sahen wir in der Kompanie überhaupt nicht. Der Leutnant schlief bis 9 Uhr und der Hauptmann schlief bis 10 Uhr und wo ein Hauptmann sich nicht um die Kompanie kümmert, sondern alles den Unteroffizieren überläßt, ist es nicht weit her, denn die sich um Soldaten kümmern, wie in Deutschland, Ich werde Dir einen Zettel beilegen mit dem Datum der Gestorbenen. In diesem Sommer haben wir zweimal gegen Chinesen vorgehen müssen. Einmal ist es ohne Schutz beigelegt worden, und das zweite Mal haben die Chinesen uns zu einem kleinen Schützenfeuer gezwungen. Wurde aber bald wieder beigelegt, denn jeder Schuß sah, und die Ruhe war wieder hergestellt. Jetzt haben sich hier Räuberbanden eingestellt, welche alles rauben und plündern, was Wert hat. Wir machen aber kurzen Prozeß, wenn ein Mord auf deutschen Boden nachgewiesen wird, ist dem Tode verfallen, der wird standgerecht erschossen. Bis jetzt sind zwei erschossen worden von je 10 Soldaten. Der erste ist am 14. November erschossen worden und 9 Kugeln saßen, der zweite wurde gestern am 19. Dezember erschossen und alle zehn hatten getroffen. Es werden noch nicht die letzten sein. Es hat sich jetzt ein Photograph hier niedergelassen es ist ein Japaner er macht ganz schöne Bilder ich werde Dir, wenn ich nicht photographieren lasse eins schicken. Wenn Du mir noch mal schreiben willst mußt Du bald wieder schreiben sonst sind wir womöglich schon weg, wir hoffen im März oder Anfang April von hier abzufahren. Ich danke meinem Herrgott wenn ich diese Hölle nicht mehr sehen brauche.

Es grüßt Dich vielmal Dein treuer Freund

Die Sozialistischen Monatshefte (Verlag: Berlin W, Gleditschstraße 23) haben soeben ihre Februarhefte erscheinen lassen. In denselben wird die Serie über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Kulturstaaten, die in früheren Heften bereits in Einzelabteilungen den Sozialismus in Dänemark, England, Frankreich, Italien, Oesterreich, Polen, Rußland, Spanien und Ungarn behandelt hatte, fortgesetzt durch eine Studie über den Sozialismus in Island von Dr. Milles Robert af Ulfen. — Aus dem sonstigen Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedrich Ditt: Feudales und bürgerliches Eigentum. — George Sorel: Ueber die kapitalistische Konzentration. — Dr. Ernst Gehrman: Die Soziologie des Genies. — Hegelin: Skizzen aus der sozialpolitischen Literatur und Bewegung. V. Brentano über Kolonial- und Flottenpolitik. — Dr. Ignaz Jaber: Die Berliner Medizinische Gesellschaft und die weiblichen Ärzte. — Dr. Ludwig Mann: Soziale Betrachtungen im Anschluß an Solas Feceadites. — Mundschau: Dessenklides Leben: Genossenschaftsbewegung. — Wissenschaft: Das Jenner Preisauschreiben. — Neuen: Produktionsgenossenschaften in England. — Ueber die chinesische Sprache und Literatur. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal 1.50 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Volkswort und Volksbibliothek (Postzeitungs-Katalog Nr. 7217), sowie direkt durch die Expedition: Gleditsch 23, Berlin W. Zusendung unter Kreuzband oder im geschlossenen Convent.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am 18. Februar fand die regelmäßige Mitglieberter Versammlung der Filiale I der im Gemeindebetriebe beschäftigten Arbeiter bei Seckel, Fabrikstraß, statt. Zunächst gab der Kassierer den Bericht über das Rechnungswesen vom letzten Quartal 1899. Nach seiner Ausföhrung war eine Einnahme von 191,63 Mark und eine Ausgabe von 225,06 Mark zu verzeichnen, demnach ein Verlust von 26,27 Mark, welcher teils von dem Vorjahre herüber und teils gewonnen. Dem Kassierer wurde folgende Beschlüsse erteilt. Zum zweiten Punkt mußte die Neuwahl der Vorstehenden vorgenommen werden, weil der bisherige Kollege Talschmidt, aus schwerwiegenden Gründen aus dem Amte zurücktreten mußte. Die Beschlüsse der bisherigen Vorsteher, welche die Wahl des Kassierers, des Schriftführers, des Vorstehers und des Kassierers betrafen, wurden einstimmig bestätigt. Der vorgemerkte Zeit wegen mußte die gut besuchte Versammlung geschlossen und die weitere Tagesordnung zur nächsten Versammlung verschoben werden.

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level. Includes entries for Straußfurt, Trotha, Alstedden, Bernburg, Galbe, Oberpegel, do. Unterpeg., Dessau, Mühldebrücke, Jungbunzlau, Lann, Budweis, Prag, Elbe, Bardubitz, Brandeis, Melch, Lemmeritz, Auzig, Dresden, Torgau, Wittenberg, Köstlan, Barbo, Schönebeck, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Dömitz, Pegel, Launenburg, Havel, Brandenburg, Oberpegel, do. Unterpegel, Rathenow, do. Oberpegel, do. Unterpegel, Havelberg, Oder, Köfel, Briesg, Oberpegel, do. Unterpegel, Brieslau, Oberpegel, do. Unterpegel, Frankfurt, Küßtrin, Warthe, Posen, Küßtrin, Weichsel, Thorn, Rega.

Wider eingetroffen: Das bürgerliche Gesetzbuch. Preis elegant gebunden 1 M. Bessere Ausgabe mit Erläuterungen 478 Seiten 478 Seiten Preis 4 Mark. Buchhandlg. Volksstimme Jakobsstraße 49. Staudesamt. Magdeburg, 21. Februar. Aufgebote: Konditor Ernst Ott mit Ida Köhler hier. Arb. Herrn Müller hier

mit Lina Müller in Burg. Schneider Friedrich Krügel mit Bertha Beder hier. Heiender Friedrich Franz Ferd. Pfeil hier mit Martha Luise Marie Sommer in Berlin. Postillon August Friedr. Herrn. Förster hier mit Anna Luise Marie Dreibrödt in Borsbe. Former Johannes Jurskowsk mit Ww. Josephine Behrendt geb. Wlazenski in Schwedenköpfe. Geburten: Charlotte, I. des Schiffers Johann Ghibbe. Gertraud, I. des Arbeiters Rud. Schmidt. Otto, S. des Schmieds Gustav Füllmann. Elise, I. des Materialwarenhändlers August Thiele. Frieda, I. des Schneidermeisters August Peters. Jenny, I. des Graveurs Bruno Tischel. Therese, I. des Möbeltransport. Eduard Krüger. Edmund, S. des Postboten Reinhold Schulke. Charlotte, I. des Müllermachers Herrn Pahlmann. Elise, I. des Eisenb.-Lademeistr. Diätars Heinrich Biede. Konrad, S. des Lehrers Friedrich Stern. Klara, I. des Arb. August v. Tröpler. Todesfälle: Martin Schwarz, Weidmann, 94 J. 4 M. 17 T. August Heutling, Weisgüter, 40 J. 10 M. 24 T. Friedrich Henmann, Arb. a. Cracau, 40 J. 5 M. 21 T. Kurt Esbach, Handl. a. Goh a. Königsborn, 15 J. 7 M. 9 T. Karharine geb. Haase, Ehefrau des Handelsm. Heimr.

Bierstedt in Groß-Wanzleben, 66 J. 4 M. 3 T. Zudenburg, 21. Februar. Aufgebote: Jngen. Paul Tieg mit Bertha Schowell hier. Geburten: Erna, I. des Eisendreh. August Heutling. Hedwig, I. des Arb. Alb. Gessel. Emma, I. des Rutschers Wilhelm Lange. Walz, I. des Maurers Alb. Schimmittat. Walter, S. des Arb. Karl Meister. Todesfälle: Schuhn. Aug. Seeling, 26 J. 3 M. 8 T. Erich, S. des Eisendrehers Karl Kirchner, 1 M. 20 T. Budau, 21. Februar. Aufgebote: Schlosser Paul Haase mit Margarete Lehmann. Fourniturist Ad. Hoff in Bassen in Bayern mit Hedwig Fahn hier. Geburten: Martha, I. des Bahnarbeiters Ad. Wiggert. Albert, S. des Form. Alb. Kug. Elise, I. des Schlossers Ad. Grall. Todesfälle: Martha, I. des Schuhmachers Ernst Damm, 8 M. 20 T. Luise, I. b. Gelsig. Friedrich Schmidt, 1 J. 8 M. 17 T. Neustadt, 21. Februar. Aufgebote: Arb. und Müller Ad. mann, 16 J. 6 M. 11 T.

Herrn Bruno Probst mit Emma Dorothee Bertha Wiegand hier. Comptoirist Rich. Emil Ernst Lindau mit Anna Ida Antonie Müller. Fernmach. Karl Emil Wilsch. Beyer mit Anna Luise Karoline Hertel. Ehehlicheung: Böttcher Emil Baitie mit Emma Sasse. Geburten: Erich, S. des Rangiermeisters Wilhelm Weihe. Erna und Gertrud Zwillingsschüler des Arb. Bernhard Krieger. Ertrabeth, I. des Arbeiters Otto Moos. Otto, S. des Arbeiters Gottlieb Schwemer. Ernst, S. des Arb. August Schneider. Todesfälle: Elise, I. des Maurers Alb. Pabst, 10 J. 3 M. 8 T. Dreher Rob. Schmidt, 35 J. 6 M. 11 T. Arb. Karl Melin, 29 J. 2 M. 16 T. Neuhaldensleben. Aufgebote: Steinweg E. D. Roegner in Posen mit W. E. Rathke hier. Briefträger G. F. Althaus mit Ww. E. M. W. Mühlhan geb. Lufe hier. Geburten: Sohn, unehelich. Rulsch. J. H. Peist eine Tochter. Tochter, unehel. Kaufm. H. Haake eine Tochter. Geburi: 15. Februar: Marie Leh-

Sehenswürdigkeiten. Städtisches Museum (Domplatz): Unentgeltlich geöffnet an Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr. Stadtbibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10-2 Uhr. Ständige Ausstellung des Kunstvereins im städt. Museum: Geöffnet am Sonntag von 11-2 Uhr, an den Wochentagen von 10-6 Uhr. Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz. Albert Rathkes Kunsthandlung und Gemälde-Ausstellung (Breitweg Nr. 196/97). Permanente Kunst-Ausstellung für Aquarelle, Handzeichnungen und Radierungen. Denkmäler: Oberbürgermeister Francke. Haffelbad-Brunnen. Luther. Friesen. Rajedaw. Junnermann. Heinrichshofenische Kunst-Ausstellung Ginturtried. Der Dom unentgeltlich geöffnet von 11 bis 10 Uhr; zu anderen Zeiten Melodien beim 1. Domkantor im südwestlichen Domkloster.